



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 17
Dienstag, 25. November 2014
18:05 - 20:26 Uhr
Kantonsratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 16.12.2014

Vorsitz:	Georg Merz	OeBS
Protokoll:	Veronika Michel Gabriele Behring	Protokollführerin Ratssekretärin
Stimmzähler:	Beat Brunner Andi Kunz Patrik Simmler	EDU AL JUSO
Anwesend:	Von total 36 Mitgliedern: Ratspräsident und 33 Mitglieder	
Entschuldigt: Ganze Sitzung:	SR Simon Stocker Daniel Preisig Alfred Tappolet	SVP SVP

TRAKTANDEN

1	Vorlage des Stadtrats vom 13. Mai 2014: Ausgestaltung der Schule für Haushalt und praktische Lebensgestaltung (SHPL) nach Wegfall der Kantonsbeiträge	Seite	7
2	Postulat Martin Egger vom 29. April 2014: Schluss mit staatlicher Finanzierung privater Hobbys und Prüfung nachhaltiger Nutzung des Kammgarnareals	Seite	13
3	Postulat Stefan Marti vom 12. Juni 2014: “Das Kapital retten und die Hallen kulturell nutzen”	Seite	22
4	Postulat René Schmidt vom 3. Juni 2014: Erhalt von Fussball- und Trainingsplätzen auf der Breite	Seite	32

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

17.07.2012	Bericht des Stadtrates zur Motion Wullschleger "Gesunde und attraktive Finanzen"	GPK
25.09.2012	VdSR VBSH/RVSH: Ein Bus, ein Dach, ein Unternehmen	SPK
20.11.2012	VdSR Erweiterung Schulanlage Breite (Rückweisung an die Fachkommission Bau am 17. September 2013)	FK Bau
25.06.2013	VdSR Botschaft zur Initiative "Eine Schuldenbremse für die Stadt Schaffhausen" der FDP/JFSH der Stadt Schaffhausen, Stellungnahme und Gegenvorschlag des Stadtrats	SPK
06.05.2014	Interpellation Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP), René Schmidt (OeBS), Hermann Schlatter (SVP): Kein Abbau des Postservice im Stadtgebiet, Standort- und Lebensqualität in allen Quartieren erhalten	
06.05.2014	Interpellation Daniel Schlatter (SP): Erhalt der Poststellen in den Quartieren und vor allem keine Kürzung der Dienstleistungen	
02.06.2014	Verfahrenspostulat Martin Jung (AL): Ermöglichung der Diskussion von Interpellationen	Büro
10.08.2014	Postulat Beat Brunner (EDU): Bereitstellung von Carparkplätzen für Reiseunternehmen in Zentrumsnähe vom 10. August 2014 (Eingang: 19. August 2014)	
01.09.2014	Petition gegen die geplante Aufzonung des Wagenareals	FK Bau
02.09.2014	Postulat Peter Möller (SP): Stadthausgeviert sanieren	
15.09.2014	Interpellation Hermann Schlatter (SVP): Sozialer Wohnungsbau ohne Strategie und ohne Berechtigung durch Parlament und Volk?	
21.10.2014	Bericht des Stadtrats vom 21. Oktober 2014: "Mehr Frauen in die Chefetagen der städtischen Verwaltung", Bericht des Stadtrats zum Postulat Christine Thommen vom 30. Oktober 2012	GPK
23.10.2014	Postulat Andi Kunz (AL): Kontrollierter Cannabis-Verkauf und Teilnahme an Pilotversuch	
04.11.2014	VdSR Erlass einer Verordnung über die Finanzkontrolle für die Stadt Schaffhausen (ergänzte Fassung)	GPK
04.11.2014	Interpellation Stefan Marti (SP): Auswertung: Fünf Jahre verkleinertes Parlament	
11.11.2014	VdSR Tempo-30-Zone-Herblingen, Schlosstrasse 9 bis 49, Unterdorf, Im Chloster, Im Höfli	FK Bau
18.11.2014	VdSR Teilrevision der Tarifverordnung für die Verrechnung von kostenpflichtigen Feuerwehreinsätzen (Tarifverordnung RSS 450.11) sowie der Feuerwehrverordnung der Stadt Schaffhausen (Feuerwehrverordnung RSS 450.1)	

Kleine Anfragen 2014:

- Kleine Anfrage von Walter Hotz (SVP) vom 31. August 2014: Fragen im Zusammenhang mit der Freistellung Peter Jezler's als Direktor des Museums zu Allerheiligen
- Kleine Anfrage von Mariano Fioretti (SVP) und Alfred Tappolet (SVP) vom 16. September 2014: Was passiert mit den städtischen Investitionen in die Biogasfirma Biorender AG, nachdem sie von der Stadt Winterthur fallengelassen wurde?
- Kleine Anfrage von Till Hardmeier (JFSH), Mariano Fioretti (SVP), Diego

Faccani (FDP) und Beat Brunner (EDU) vom 16. September 2014: Unhaltbare Abstimmungspropaganda zum 2000 Watt Zwang

- Kleine Anfrage von Diego Faccani (FDP) vom 16. September 2014: Hat die Stadt die Mieteinnahmen nicht nötig?
- Kleine Anfrage von Martin Egger (FDP) vom 19. September 2014: Lösen der Kauf von sanierungsbedürftigen Liegenschaften für bezahlbaren und gemeinnützigen Wohnraum, die den 2000-Watt-Standard nicht erfüllen, automatisch Steuererhöhungen aus?
- Kleine Anfrage von Urs Tanner vom 22. November 2014: Gedenk Anlass zum Kriegsende am 8. Mai 2015

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 Vorlage des Stadtrats vom 13. Mai 2014: Ausgestaltung der Schule für Haushalt und praktische Lebensgestaltung (SHPL) nach Wegfall der Kantonsbeiträge

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrats vom 13. Mai 2014 sowie die Anträge in der Schlussabstimmung mit 18:1 Stimmen wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Stadtrats vom 13. Mai 2014 betreffend Ausgestaltung der Schule für Haushalt und praktische Lebensgestaltung (SHPL) nach Wegfall der Kantonsbeiträge.
2. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Wegfall der Kantonsbeiträge an den freiwilligen hauswirtschaftlichen Unterricht im Umfang von ca. CHF 25'000.-- per 1. Januar 2014.
3. Der Grosse Stadtrat stimmt der Neuausrichtung der Freizeitkurse SHPL gemäss Vorschlag des Stadtrats mit einem künftigen Nettoaufwand von ca. CHF 30'000.-- pro Jahr zu.

Traktandum 2 Postulat Martin Egger vom 29. April 2014: Schluss mit staatlicher Finanzierung privater Hobbys und Prüfung nachhaltiger Nutzung des Kammgarnareals

Das Postulat wird von Martin Egger (FDP) begründet und von Stadtpräsident Thomas Feurer beantwortet.

Das Postulat wird vom Grossen Stadtrat in der Schlussabstimmung mit 33:0 Stimmen überwiesen.

Traktandum 3 Postulat Stefan Marti vom 12. Juni 2014: "Das Kapital retten und die Hallen kulturell nutzen"

Das Postulat wird von Stefan Marti (SP) begründet und von SR Peter Neukomm beantwortet.

Das Postulat wird vom Grossen Stadtrat in der Schlussabstimmung mit 17:16 Stimmen nicht überwiesen.

**Traktandum 4 Postulat René Schmidt vom 3. Juni 2014:
Erhalt von Fussball- und Trainingsplätzen auf der Breite**

Das Postulat wird von René Schmidt (GLP) begründet und von SR Urs Hunziker beantwortet.

Das Postulat wird vom Grossen Stadtrat in der Schlussabstimmung mit 22:4 Stimmen überwiesen.

BEGRÜSSUNG

Der **Ratspräsident, Georg Merz (OeBS)**, eröffnet die Ratssitzung Nr. 17 vom 25. November 2014 mit der Begrüssung der Ratsmitglieder, des Stadtpräsidenten, der Herren Stadträte, der Gäste auf der Tribüne sowie der Medienberichterstatler.

Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Vorlage des Stadtrats vom 11. November 2014: Tempo-30-Zone Herblingen, Schlossstrasse 9 bis 49, Unterdorf, Im Chloster, Im Höfli
- Vorlage des Stadtrats vom 18. November 2014: Teilrevision der Tarifverordnung für die Verrechnung von kostenpflichtigen Feuerwehreinsätzen (Tarifverordnung RSS 450.11) sowie der Feuerwehrverordnung der Stadt Schaffhausen (Feuerwehrverordnung RSS 450.1)
- Kleine Anfrage von Urs Tanner vom 22. November 2014: Gedenk Anlass zum Kriegsende am 8. Mai 2015
- Finanzplan 2015-2018, Beschluss des Stadtrats vom 18. November 2014 zur Kenntnis
- Antwort des Stadtrats vom 25. November 2014 auf die Kleine Anfrage von Daniel Preisig betreffend "I love Schaffhausen" Schriftzug - Neues Tourismus-Highlight in unserer schönen Stadt

Zuweisungsvorschlag des Büros:

- Vorlage des Stadtrats vom 4. November 2014 (ergänzte Fassung): Erlass einer Verordnung über die Finanzkontrolle für die Stadt Schaffhausen: Vorberatung in der GPK. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
- Vorlage des Stadtrats vom 11. November 2014: Tempo-30-Zone Herblingen, Schlossstrasse 9 bis 49, Unterdorf, Im Chloster, Im Höfli: Vorberatung in der Fachkommission Bau. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

Rücktritt im Wahlbüro der Stadt Schaffhausen:

Ursula Neukomm wird als Stimmzählerin des Wahlbüros der Stadt Schaffhausen per 31. Dezember 2014 zurücktreten. Die Ersatzwahl findet als Traktandum 1 an der nächsten Ratssitzung vom 9. Dezember 2014 statt.

PROTOKOLL

Das Protokoll der Ratssitzung Nr. 16 vom 11. November 2014 wurde vom Büro genehmigt und liegt zur Einsichtnahme auf dem Kanzleisch auf. Begehren auf Änderungen sind innert 10 Tagen dem Ratsbüro mitzuteilen. Das Protokoll gilt somit unter dem Vorbehalt von Art. 32 Abs. 3 und 4 der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrats als genehmigt.

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde dem Parlament rechtzeitig zugestellt. Es erfolgen keine Änderungswünsche.

**Traktandum 1 Vorlage des Stadtrats vom 13. Mai 2014:
Ausgestaltung der Schule für Haushalt und praktische
Lebensgestaltung (SHPL) nach Wegfall der
Kantonsbeiträge**

Iren Eichenberger (OeBS)

Sprecherin Fachkommission Soziales

Die Vorlage des Stadtrates vom 13. Mai 2014 wurde am 22. September im Beisein von Stadtrat Urs Hunziker in der Fachkommission Bildung und Soziales beraten. Sie könnte der Vorgeschmack auf ein Thema sein, das die Stadt und die Gemeinden in Zukunft noch mehrfach beschäftigen wird.

Es geht um den Ausstieg - nicht um dem Atomausstieg, aber den Ausstieg des Kantons aus einer gemeinsamen Finanzierung. Auslöser ist nicht das neue Sparpaket des Kantons, sondern dessen Vorgänger ESH3. Entgegen anderslautender Zusagen erhielt die Stadt erst Ende letzten Jahres Bescheid, der Kanton werde bereits 2014 seinen Beitrag von CHF 25'000.-- an das Kursgeld der SHPL nicht mehr leisten.

Was nun? Der Stadtrat stand erneut vor der Frage, die er im Zusammenhang mit dem Projekt Opti 2008 schon einmal gemeinsam mit dem Grossen Stadtrat beantwortet hatte. Durch Reduktion des Aufwands wurden damals vor allem erhebliche personelle Einsparungen beschlossen. Man war aber gewillt, das wertvolle Kursangebot der SHPL weiterzuführen. Damit wurden die vor allem von älteren Teilnehmerinnen geschätzten Semesterkurse für Nähen, aber auch die beliebten Kurzurse für Werken, Malen und Kochen, Kurse für Gesundheitsthemen und zur Lebensgestaltung weiter angeboten.

Neben der reinen Wissens- und Technikvermittlung haben die Kurse auch einen bedeutenden sozialen Stellenwert. Gerade im Nähen finden viele Kursbesucherinnen einen regelmässigen, für sie sehr wertvollen Austausch in einer vertrauten Gruppe, und viele nutzen gerne die Möglichkeit, mit Unterstützung der Lehrerin Kleider so anzupassen, wie sie im Handel nicht erhältlich sind. Viele Teilnehmerinnen sind finanziell nicht auf Rosen gebettet. Auch beim Kursangebot sind nicht kommerzielle Ziele wegleitend, sondern primär die Vermittlung von sinnvollem, oft traditionellem Wissen oder Handwerk. Das gilt auch für das Kurskurs-Angebot. Die Kurskosten für Nähen betragen für die Teilnehmerinnen pro Semester CHF 325.-- für Kurse à 3 Stunden oder CHF 295.-- für Kurse à 2,5 Stunden pro Abend.

Der Stadtrat beantragt nun in seiner Vorlage, diese Semesterkurse vor allem aus sozialen Überlegungen zu erhalten. Ohnehin könnte sich der Bedarf wegen diverser anstehender Pensionierungen von Kursleiterinnen in den nächsten Jahren ändern. Aus Kostengründen schlägt er aber andererseits vor, die Kurzurse, die administrativ aufwändiger als die Semesterkurse sind, einstweilen zu sistieren. Dies mit Blick auf die Gesamtplanung im Kirchhofs Schulhaus. Nachdem bereits das Hochbauamt dort eingezogen ist, werden ab dem nächsten Schuljahr auch die verbleibenden zwei Werkklassen für Mädchen das Schulhaus verlassen. Dafür schlägt der Stadtrat in der Vorlage "Massnahmen zur frühen Förderung in der Stadt Schaffhausen" vor, diese zentral liegenden Räumlichkeiten für ein Familienzentrum zu nutzen. Ein neues, auf Familienbedürfnisse ausgerichtetes Kursangebot würde sich dort, neben Mütter- und Väterberatung, Spiel- und Krabbel-Gruppen, ideal eingliedern.

Gemäss Vorlage des Stadtrates würde der heutige Nettoaufwand für die SHPL-Kurse trotz Wegfalls des Kantonsbeitrages neu auf CHF 30'000.-- reduziert. In der Fachkommission Soziales und Bildung wurde nach einstimmigem Eintreten vor allem

der Sinn und Zweck respektive die Notwendigkeit eines Kursangebotes durch die Stadt diskutiert. Kritische Stimmen wiesen auf das vielfältige Angebot privater Unternehmen hin und sehen das städtische Engagement als nicht mehr notwendig. Die Mehrheit anerkennt jedoch durchaus die spezifische soziale Komponente im Angebot der SHPL. Zudem finden wir es wichtig, im jetzigen Moment ein reduziertes Kursangebot weiterzuführen, quasi als Platzhalter für eine hoffentlich mögliche sozial und pädagogisch sehr sinnvolle Wiederaufnahme von Kursen, die sich an Familien richten.

Die Fachkommission Soziales stimmte der Vorlage mit 4:2, bei einer Abwesenheit, zu.

Ergänzend bitte ich Sie auch im Namen der OeBS/EVP/CVP/GLP-Fraktion, den Antrag des Stadtrates zu unterstützen.

Abschliessend möchte ich mich bei SR Urs Hunziker und bei der Protokollführerin Veronika Michel für ihre Mitarbeit und Beratung sehr herzlich bedanken."

Nicole Herren (FDP)

FDP/JFSH-Fraktionserklärung

"Die FDP/JFSH-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten, wir können ihr in der vorliegenden Form nicht zustimmen. Bei dieser Vorlage geht es vor allem um einen Grundsatzentscheid. Ist es die Aufgabe der Stadt, subventionierte Nähkurse für eine kleine Minderheit von ungefähr 100 Kursbesucherinnen anzubieten oder wäre es nicht sinnvoller, diese Kurse an eine private Trägerschaft abzugeben? Unsere Fraktion ist klar der Meinung, dass dieses Angebot, welches für alle Kantonseinwohner gleichermassen gilt, abgegeben werden sollte. Darum werden wir eine Änderung des Antrags 3 stellen.

Folgende Überlegungen haben uns dazu bewogen:

Dass die Kurzurse nur sistiert und nicht gestrichen werden sollen, ist nicht nachvollziehbar. Der administrative Aufwand ist bei Kurzkursen ungleich grösser, würde also noch mehr Kosten als die Semesterkurse verursachen. Anstelle einer Streichung wird vorgeschlagen, die Kurzkurse zu sistieren, um ein angepasstes Kursangebot im Zusammenhang mit einem eventuell möglichen Familienzentrum anzubieten.

Unter Punkt 6 der Vorlage schlägt der Stadtrat ein Familienzentrum am Kirchhofplatz im Zusammenhang mit der vor zwei Wochen besprochenen Vorlage "Frühe Förderung" vor. Genau genommen, und das möchte ich hier betonen, geht es nicht um einen Vorschlag, sondern um eine Prüfung eines möglichen Zentrums. Bei so viel „hätte“, „wäre“ und „wenn“ kommt deshalb nur eine Streichung der aufwändigen Kurzkurse in Frage. Im Zusammenhang mit einem vielleicht zu realisierenden Familienzentrum erwarten wir, wie bereits erwähnt, eine Vorlage. Darin müssten ein Kursangebot neu aufgegleist, ein Standort evaluiert und die Kosten transparent gemacht werden. Aus diesen Gründen sind wir dafür, dass die Kurzkurse ganz gestrichen und nicht nur sistiert werden.

Eine weitere Unschönheit findet sich auf Seite 2 der Vorlage. Es wird erklärt, dass Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer mit Wohnsitz ausserhalb des Kantons einen Zuschlag von CHF 20.-- zahlen müssen. Da der Kanton keine Beiträge mehr bezahlt, sollten auch die Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer aus den Schaffhauser Gemeinden ausserhalb der Stadt einen Zuschlag bezahlen müssen. Leider wurde diesbezüglich nichts in der Vorlage erwähnt.

Nun komme ich zu dem bereits erwähnten Antrag, den ich in der Detailberatung stellen werde:

Auf Seite 5 der Vorlage spricht der Stadtrat bereits vom Szenario, die Semesterkurse an eine private Trägerschaft abzugeben. Dies wurde vom Stadtrat jedoch wieder verworfen. Unsere Fraktion ist der Meinung, dass dies der richtige Weg wäre, und wir werden den neuen Antrag 3 wie folgt stellen:

Der Stadtrat wird beauftragt, die Semesterkurse ab dem Schuljahr 2015/16 an eine private Trägerschaft abzugeben und die Kurzkurse zu streichen.

Falls unser Antrag keine Mehrheit findet, werden wir uns bei der Schlussabstimmung enthalten."

Stefan Marti (SP)

SP/JUSO-Fraktionserklärung

"Als vor mehr als hundert Jahren die SHPL auf Anregung der gemeinnützigen Gesellschaft als Töchterfortbildungsschule gegründet wurde, sollte sie schulentlassene Töchter in hauswirtschaftlichen und beruflichen Tätigkeiten fördern. Dies ist heute bekanntlich nicht mehr nötig, da die Töchter der Stadt bereits vor der Entlassung aus der Schule in hauswirtschaftlichen und beruflichen Tätigkeiten gefördert werden.

Dennoch gibt es offenbar immer noch rund 100 Schaffhauserinnen, die reges Interesse an den Kursen der SHPL zeigen und diese von Jahr zu Jahr belegen. Da zum Beispiel ein vergleichbarer Nähkurs bei der Migros Clubschule günstiger ist als an der SHPL, müssen es andere Faktoren sein, weshalb die Kurse an der SHPL von dieser doch stattlichen Zahl Schaffhauserinnen besucht werden. Ich nehme an, dass die Kurse von besonderer Qualität sind, vermutlich auch, weil die Kursleiterinnen im Vergleich zur Clubschule besser entlohnt werden.

Da sich die Stadt die Förderung lebenslangen Lernens und den Ausbau des Weiterbildungsangebots ins Leitbild geschrieben hat, wäre es ein Widerspruch und Affront gegenüber den Kursteilnehmerinnen und Kursleiterinnen, wenn die Angebote der SHPL gestrichen würden. Vielleicht erweist es sich auch schon in wenigen Jahren als durchaus sinnvoll, ja weitsichtig, das Gefäss der SHPL offen zu behalten, denn die Zeiten ändern sich.

Die Zeiten ändern sich, und es ist durchaus möglich, dass die Stadt erneut Anlass sieht, gewisse Kurse als eine gesellschaftliche Notwendigkeit zu betrachten und anzubieten. So kann man sich vorstellen, dass aufgrund der demographischen Entwicklung Kurse zum Umgang mit Demenz eine politische Forderung, ja Notwendigkeit, werden könnten. Oder es könnte auch sein, dass bisher unbekannte Krankheiten ein Thema werden, mit dem die Bevölkerung in Kursen den Umgang erlernen muss. Und im Hinblick auf die globale Verknappung von Ressourcen wird früher oder später das Erlernen des effizienten Umgangs mit denselben zur vordringlichen öffentlichen Aufgabe werden. Ebenso, wie es vor hundert Jahren dringend nötig wurde, junge Frauen zu fördern.

Auch wenn man sich heute also sagt, dass Kurse, wie sie derzeit in der SHPL angeboten werden, keinen Anspruch auf Subventionierung durch uns Steuerzahler haben, könnte es durchaus sein, dass es in absehbarer Zeit wieder solche Kurse geben wird. Deshalb sollte man eben auch diese Kurse beibehalten.

Ich persönlich könnte mir sogar den Umbau der SHPL in eine Art Schule des Lebens vorstellen, die diverse Kurse im Interesse der Öffentlichkeit anbietet und zu einer Art geistigen Zentrum inmitten der Stadt würde, eine Art Bürgerakademie, eins mit der Kirche, dem Kirchhofplatz und dem Altersheim in einer von den Rapperswiler Studenten so wunderschön entworfenen friedlichen autofreien Umgebung. Und so könnte vielleicht die SHPL sogar weitere hundert Jahre bestehen.

In diesem Sinne unterstützt die SP/JUSO-Fraktion den Stadtrat und seine Anträge. “

Beat Brunner (EDU)

SVP/EDU-Fraktionserklärung

”Die SVP/EDU-Fraktion hat die Vorlage des Stadtrats über den weiteren Weg der SHPL diskutiert. Grundsätzlich hat es keine grossen Diskussionen gegeben. Die Fraktion begrüsst es, dass der Stadtrat eine Weiterführung der Kurse im bisherigen Rahmen nach Wegfall der Kantonssubventionen ablehnt. Insofern ist die Vorlage gut aufgegleist. Angesicht des Umstandes, dass drei der sechs aktiven Kursleiterinnen 2015 das Pensionsalter erreichen, ist der Zeitpunkt für ein grundsätzliches Umdenken ideal.

Die Kurse mit den in Kürze pensionierten Leiterinnen laufen 2015 aus, und es kommt automatisch zu Strukturbereinigungen. Die SVP/EDU-Fraktion findet es sinnvoll, dass die Kurzurse aufgegeben werden. Deren administrativer Aufwand steht in keinem Verhältnis zum Ertrag. Heftig diskutiert wurde in unserer Fraktion die Zukunft der Semesterkurse. Nicht umstritten war und ist in unserer Fraktion, dass diese neben dem Weiterbildungsaspekt auch eine soziale Komponente enthalten. Insofern anerkennen wir auch deren grundsätzliche Berechtigung. Hingegen fragt es sich, ob diese Semesterkurse zwingend von der Stadt angeboten werden müssen oder ob nicht auch eine private Institution in Frage kommen könnte.

Vor dem Hintergrund der immer knapper werdenden Finanzen erhält die Erwägung unter Ziffer 5 der Vorlage, die Kurse an private Institutionen auszulagern, die ähnliche Angebote anbieten, wie die Migros Klubschule oder andere Freizeitkurse, ein ganz anderes Gewicht. Gemäss Vorlage würde dies die Stadt CHF 30'000.-- weniger kosten. Die Gründe, welche den Stadtrat bewogen, sich von dieser Möglichkeit abzuwenden, vermögen uns nicht ganz zu überzeugen.

Sollte das Bedürfnis für diese Kurse wirklich so gross sein, wie der Stadtrat in seiner Vorlage geltend macht, dann sehen wir die Gefahr, dass diese Kurse von einem privaten Anbieter nicht angeboten werden, als sehr klein. Andererseits ist es notorisch, dass private Anbieter, wie beispielsweise die Migros Klubschule, ihre Kurse zu fairen Preisen anbieten.

Es ist nicht Aufgabe der Stadt, Weiterbildungskurse zu Dumpingpreisen auf den Markt zu werfen; dies erst recht nicht, nachdem der Kanton die Subventionen gestrichen hat. Wir sind daher der Überzeugung, dass es möglich sein sollte, eine private Trägerschaft für dieses Weiterbildungssegment zu finden, weshalb wir den Antrag der FDP unterstützen werden.

In diesem Sinne beantragt die SVP/EDU-Fraktion, auf die Vorlage einzutreten und den Antrag der FDP zu unterstützen.”

SR Urs Hunziker**Stellungnahme Stadtrat**

Die Freizeitkurse der Schule für Haushalt und praktische Lebensgestaltung SHPL haben eine lange, wechselvolle Geschichte. Aufgrund der immer wieder auftauchenden Fragen in den früheren Budget- oder Rechnungsdiskussionen unterbreitete der Stadtrat dem Grossen Stadtrat im Jahr 2008 eine Vorlage, mit welcher er eine Grundsatzdiskussion zur Weiterführung oder zum Verzicht auf das Kurswesen der Schule beantragte. Im Verlauf der Vorjahre war es gelungen, den Nettoaufwand mit verschiedenen Massnahmen deutlich zu senken. Der Grosse Stadtrat beschloss anfangs 2009 mit einer knappen Mehrheit, am Kurswesen mit den sogenannten Kurz- und den Semesterkursen festzuhalten. Der Nettoaufwand sollte weiter gesenkt werden.

Unter diesen Prämissen wurde folglich geplant; es gelang, den Nettoaufwand auf rund CHF 50'000.- im Jahr zu senken, womit aus Sicht des Stadtrates ein gutes Kosten-/Nutzenverhältnis erzielt werden konnte.

Mit dem Programm ESH 3 strich der Kanton seine Subventionen, die für einen Teil der Kurse massive Entlastungen gebracht hatten. Zu unserer Überraschung wurde diese Massnahme bereits auf 1. Januar 2014 in Kraft gesetzt, nachdem ursprünglich der 1. Januar 2015 vorgesehen war. Der Kanton hat uns gewissermassen auf dem linken Bein erwischt.

Vor diesem Hintergrund sah sich der Stadtrat veranlasst, die Situation des Kurswesens einer erneuten Überprüfung zu unterziehen. Verschiedene Varianten, die von einem gänzlichen Verzicht über den Erhalt des bisherigen Angebots reichten, wurden geprüft und diskutiert. Der Stadtrat hat sich entschlossen, Ihnen vorzuschlagen, auf die administrativ aufwändigen Kurzkurse zu verzichten und die Semesterkurse vorläufig beizubehalten. Die Details dazu finden Sie in der Vorlage.

Es war dem Stadtrat ein Anliegen, den Grossen Stadtrat im Rahmen einer Vorlage über die vorgesehenen Änderungen zu informieren, obschon die dieses Jahr entstehende Nettoaufwandsteigerung mittels eines Nachtragskredites in der Finanzkompetenz des Stadtrates hätte finanziert werden können. Allfällige Veränderungen für das Jahr 2015 hätten mittels Budgetkommentar begründet werden können. Wenn Sie heute dieser Vorlage zustimmen, ist allerdings nicht mit einer Steigerung des Nettoaufwandes im Jahr 2015 zu rechnen. Sie werden dem Budget 2015 entnommen haben, dass die Finanzstelle 5130 sogar noch etwas weniger Nettoaufwand budgetiert hat, als im Vorjahr, es sind CHF 934'100.-- statt CHF 939'000.-- über die ganze Finanzstelle gesehen. Mit anderen Worten: Wir hätten dies an Ihnen vorbeischmuggeln können, ohne dass Sie es bemerkt hätten.

Da der Grosse Stadtrat 2009 über die Beibehaltung des Kurswesens diskutierte und abstimmte, erachtet es der Stadtrat im Sinne der Transparenz als sinnvoll, mit den beschriebenen Änderungen wiederum an den Grossen Stadtrat zu gelangen.

Stellungnahme zu einzelnen Voten:

Nicole Herren hat unter anderem bemängelt, dass eben nicht nur die ausserkantonalen, sondern auch die ausserstädtischen Teilnehmerinnen nicht diesen Zuschlag bezahlen müssen. Diesen Zuschlag können wir, wenn Sie heute darüber beschliessen, problemlos für die ausserstädtischen Teilnehmerinnen einführen. Es liegt in der Kompetenz des Stadtrates, die Kursgelder festzulegen. Und es ist für uns völlig klar, dass, wenn die Kurzkurse in irgendeiner Form wieder auferstehen sollten, wir dann mit einer weiteren Vorlage im Zusammenhang mit der Gründung eines

Familienzentrums an Sie gelangen werden.

Stefan Marti hat die Migros Klubschule erwähnt. Es ist tatsächlich so, dass die Kursleiterinnen an der Migros Klubschule grundsätzlich schlechter bezahlt sind. Wir haben uns bis anhin mit der Entlohnung unserer Kursleiterinnen an die Vorgaben des Kantons gehalten. Dies war für uns ein Fixpunkt, an den wir uns halten konnten.

Die Frage der Auslagerung an Private wurde verschiedentlich erwähnt. Ich kann Ihnen sagen, dass wir es verschiedentlich mit anderen Anbietern versucht haben, aber leider ohne Erfolg. Man könnte einen weiteren Versuch prüfen. Es gibt neben der Migros Klubschule tatsächlich noch private Anbieterinnen von Nähkursen.

Nun erlaube ich mir aber trotzdem, Ihnen zu empfehlen, auf die Vorlage einzutreten und ihr in der vorliegenden Form zuzustimmen. Ich muss Ihnen an dieser Stelle mitteilen, dass wir aufgrund der Tatsache, dass wir die Vorlage bereits am 13. Mai 2014 im Parlament eingereicht haben und in der Annahme, dass die Kurzurse gestrichen und die Semesterkurse weitergeführt werden, auch dementsprechend budgetiert. Wir mussten die Kurse ja auch ausschreiben. Wenn Sie uns jetzt das Ganze streichen, führt dies zu einer gröberen Übung; mindestens müssten wir noch das erste Semester der nächstjährigen Semesterkurse durchführen können."

Iren Eichenberger (OeBS)

Votum

"Ich melde mich noch einmal, weil ich tatsächlich etwas nicht korrekt ausgeführt habe. Es stimmt, wir haben das Familienzentrum zur Prüfung in Auftrag gegeben; es ist ja noch nicht konkretisiert, was dort passiert. Aber es ist doch auch klar, dass wir deswegen keinerlei Risiko eingehen.

Die Kurzurse werden nur dann wieder aufgegriffen, wenn dieses Familienzentrum tatsächlich kommt und ein sinnvoller Bedarf für diese Kurzurse besteht. Ich könnte mir beispielsweise vorstellen, dass wir vielleicht Kindergeschichten erzählen, Verse aufsagen, und dies mit Eltern wieder üben könnten. Sie lachen jetzt, aber es ist lange nicht so, dass alle Grosseletern dies einfach können. Es wächst eine Generation von Grosseletern heran, die dieses Traditions gut nicht mehr kennt. Ich denke, dieses Wissen und die Möglichkeit, sich mit Kindern zu unterhalten, sind wertvoller als alle Computer, vor die wir sie setzen können. Aber es ist vielleicht auch eine philosophische Frage, zu der viele von Ihnen etwas zu sagen hätten.

Zudem möchte ich noch unterstützen, was SR Urs Hunziker bereits angesprochen hat, nämlich zur Schwierigkeit, eine private Trägerschaft zu finden. Ich wüsste manche Institutionen, die sehr gerne mit privaten Trägerschaften arbeiten würden. Das Problem ist, dass Private ja auch auf einen kostendeckenden Preis angewiesen sind. Natürlich würden solche Trägerschaften einen entsprechenden Auftrag übernehmen, aber dann müsste dieser vom Kanton entsprechend abgegolten werden. Damit hätten wir genau das Gleiche erreicht, wie wenn wir dies im Sinne des stadträtlichen Vorschlages weiterführen.

Auch der Preis scheint mir fair. Der Betrag von CHF 325.--, welcher die Teilnehmerinnen selber aufbringen, macht gut 70% des gesamten Aufwandes aus. Der Rest ist eine kleine Zahl. Für den Wert, den wir diesen Kursen beimessen können, profitieren tatsächlich Menschen, die etwas davon haben und die eben nicht ein gleichwertiges Angebot anderweitig finden. Darum möchte ich Ihnen doch sehr ans Herz legen, diese Kurse tatsächlich in diesem Sinne weiterhin zu ermöglichen."

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wird, Eintreten ist somit beschlossen.

Detailberatung

Die **1. Vizepräsidentin, Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)**, verliest die Vorlage des Stadtrats vom 13. Mai 2014 "Ausgestaltung der Schule für Haushalt und praktische Lebensgestaltung SHPL nach Wegfall der Kantonsbeiträge", Seite 1-5 und die Anträge wie folgt:

Anträge

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Stadtrats vom 13. Mai 2014 betreffend Ausgestaltung der Schule für Haushalt und praktische Lebensgestaltung (SHPL) nach Wegfall der Kantonsbeiträge. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
2. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Wegfall der Kantonsbeiträge an den freiwilligen hauswirtschaftlichen Unterricht im Umfang von ca. CHF 25'000.-- per 1. Januar 2014. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
3. Der Grosse Stadtrat stimmt der Neuausrichtung der Freizeitkurse SHPL gemäss Vorschlag des Stadtrats mit einem künftigen Nettoaufwand von ca. CHF 30'000.-- pro Jahr zu.

Antrag Nicole Herren (FDP):

"Wie bereits erwähnt, stellen wir den Antrag 3 neu wie folgt:

Der Stadtrat wird beauftragt, die Semesterkurse ab dem Schuljahr 2015/2016 an eine private Trägerschaft abzugeben und die Kurzkurse zu streichen."

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat lehnt den von Nicole Herren (FDP) gestellten Antrag des Stadtrat mit 18:14 Stimmen ab.

Schlussabstimmung

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrats vom 13. Mai 2014 und die Anträge in der Schlussabstimmung mit 18:1 Stimmen gut.

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 2 Postulat Martin Egger vom 29. April 2014:
Schluss mit staatlicher Finanzierung privater Hobbys und
Prüfung nachhaltiger Nutzung des Kammgarnareals**

Martin Egger (FDP)

Begründung

"Nachdem der Stadtrat am 6. Juni 2014 in seiner Medienmitteilung die definitive Schliessung der Hallen für neue Kunst bekanntgegeben hat, erübrigt sich eine

ausschweifende Begründung des heute zu behandelnden Postulats. Der inhaltliche Giftstachel des Vorstosses - welcher sicherlich zu hitzigen Wortgefechten geführt hätte - wurde nämlich mit der Auflösung des Vertrages zwischen der Stadt Schaffhausen und der Betreibergesellschaft der Hallen für Neue Kunst auf Ende 2014 bereits entfernt.

Explizit verzichte ich daher auf eine nachträgliche Schuldzuweisung, wer in der Vergangenheit welche Fehler gemacht hat. Denn im Nachhinein ist man ja bekanntlich immer schlauer und weiss, wie man es besser hätte machen können oder müssen. Ich gebe jedoch meiner Hoffnung Ausdruck, dass bei einer künftigen Lösung der Nutzung der Hallen entsprechende Lehren aus der jahrelangen Leidensgeschichte rund um die „Hallen für neue Kunst“ gezogen werden. Insbesondere wünsche ich mir, dass die künftige Lösung von Beginn an auf einer rechtlich stabilen und demokratisch legitimierten Basis starten kann.

Somit beschränke ich mich auf eine kurze Präzisierung meiner Vorstellungen, welche Varianten für eine künftige Nutzung der frei werdenden Räume im Kammgarnareal geprüft werden sollten.

Wie im Postulat bereits geschrieben, stelle ich mir die Prüfung verschiedener Varianten einer nachhaltigen Verwendung der Räumlichkeiten vor. Unter nachhaltig verstehe ich, dass mit einer Vermietung, einer Abgabe im Baurecht oder gar eines Verkaufes Geld generiert werden soll. Wir alle wissen, dass sich die zwischenzeitlich praktisch leer stehenden Gebäude an einer attraktiven und begehrten Lage mitten in der Altstadt mit Blick auf den Rhein sowie Parkplätzen direkt vor der Haustür befinden. Laut verschiedenen Schätzungen dürften die jährlichen Mietzinseinnahmen zwischen CHF 750'000.-- und CHF 1 Mio. liegen, was ungefähr einem Steuerprozent entspricht. Diese Räume für Ateliers, Übungsräume, Künstlerinnen- und Künstlerunterkünfte zu verwenden, würde nicht meinen Vorstellungen einer nachhaltigen Nutzung entsprechen, aber auch nicht den Vorstellungen meiner Fraktionskolleginnen und -kollegen sowie Bürgerinnen und Bürger, die mich kontaktiert haben.

Nachhaltig könnte jedoch eine Lösung mit einer Nutzung der Räume für Verwaltungszwecke sein. Damit meine ich beispielsweise die Zusammenfassung und Konsolidierung der über die Stadt verteilten Abteilungen der Verwaltung an einem zentralen verkehrstechnisch gut erschlossenen und auch zu Fuss bequem erreichbaren Standort. Bei dieser Variante bestünde neben der Optimierung von Arbeitsabläufen innerhalb der Verwaltung die Chance, insbesondere das Stadthausgeviert – aber auch weitere Liegenschaften - von den Büroräumlichkeiten für Verwaltungstätigkeiten freizuspielen und diese Liegenschaften zu attraktivem Wohnraum mitten in der Altstadt weiterzuentwickeln.

Bei einem überzeugenden Konzept könnte ich mir aber auch eine Mischung von öffentlicher und privatwirtschaftlicher Nutzung vorstellen. Als Ideenlieferant nenne ich den Berner Technopark. Im Berner Technopark treffen sich verschiedenste Unternehmen, Branchen, Weiterbildungsinstitutionen und Philosophien unter einem Dach. Der Berner Technopark ist mit modernster Infrastruktur eingerichtet, flexibel nutzbar und deckt damit die unterschiedlichsten Bedürfnisse ab. Er wurde durch eine private Trägerschaft - unter Beteiligung von Stadt und des Kantons Bern - realisiert.

Neben den Varianten für eine öffentliche Nutzung sollte aber auch die Nutzung für rein privatwirtschaftliche Zwecke geprüft werden. Wie aus den Medien und aus Gesprächen zu erfahren war, sollen bereits Investoren und Firmen ihr Interesse an

einer Übernahme der Räumlichkeiten bekundet haben.

Ganz bewusst verzichte ich aber darauf, einen bestimmten Verwendungszweck zu favorisieren oder gar Forderungen zu stellen. Ich bin jedoch überzeugt, dass wir nach Jahren der endlosen Diskussionen und Streitereien die Chance nutzen sollten, eine mehrheitsfähige Lösung zu entwickeln und umzusetzen. Zudem möchte ich den Stadtrat motivieren, uns rasch eine nachhaltige Lösung vorzustellen und bitte ihn eindringlichst, von einer erneuten Zwischennutzung abzusehen.

In diesem Sinne bitte ich Sie, das vorliegende Postulat erheblich zu erklären und an den SR zu überweisen.

Fraktionserklärung FDP/JFSH:

Die Fraktion unterstützt die Überweisung des Postulates einstimmig."

Stadtpräsident Thomas Feurer

Stellungnahme Stadtrat

"Gerne gebe ich eine Antwort, und ich gehe einig mit den einleitenden Worten von Martin Egger, dass sich seit der Einreichung des Postulates einiges geändert hat. Ich habe unsere Antwort immer wieder an die neue Situation anpassen dürfen. Es sind jetzt doch zarte acht Monate ins Land gegangen, bis wir das Thema endlich behandeln können.

Diese Veränderungen haben natürlich auch Einfluss auf die Begründung und damit auch auf die Antwort des Stadtrats; dies haben wir jetzt von Martin Egger gehört. Ich konnte aber noch nicht alles anpassen. Ich bin auch froh, dass wir zu diesem Thema jetzt keinen Schlagabtausch vollziehen müssen, nachdem die Sache ja bereits einigermaßen bereinigt ist.

In seinem heute auch mündlich begründeten Vorstoss vom 29. April 2014 forderte Grossstadtrat Martin Egger zusammen mit fünf Mitunterzeichnenden den Stadtrat damals auf, künftig jedes Engagement für die Hallen für Neue Kunst einzustellen. Es sollen Varianten geprüft werden, wie die heute von den Hallen für Neue Kunst belegten Räume möglichst rasch anderweitig genutzt werden können. Dazu hat es in der schriftlichen Begründung einen Schlusssatz, auf den auch wir uns beziehen möchten, indem dort die Varianten von uns aufgezeigt werden sollen, wie die Räume für öffentliche, sei es Kultur- oder Verwaltungszwecke und für privatwirtschaftliche Zwecke genutzt werden könnten. Es war für den Stadtrat nach dem Auszug der Hallen für Neue Kunst relativ klar, dass wir eine solche gemischte Nutzung anstreben wollen. Nicht nur, weil wir das Gefühl haben, dass eine gemischte Nutzung das Beste ist, sondern weil die grossen Dimensionen eine solche Nutzung auch erforderlich machen.

Es ist bis jetzt auch nicht so, dass wir derart viele Anfragen haben, dass die Nutzung praktisch schon wieder überquillt. Wir haben es mit über 7'000 m² Nutzfläche zu tun. Dies ist eine Dimension, die für Schaffhausen ziemlich aussergewöhnlich ist. Ich komme aber auch auf die Schwierigkeiten dieser grossen Nutzungsfläche noch einmal kurz zu sprechen.

Wie gesagt, die Rahmenbedingungen haben sich seit dem Einreichen des Postulats grundlegend geändert. Die bisherigen Betreiber der Hallen zogen sich zurück und haben einen Teil ihrer Sammlung nach Basel verlegt. Von der Verlegung betroffen waren alle Werke im Eigentum der Raussmüller Collection sowie jene Werke, die ihnen und ihren Institutionen als Leihgabe anvertraut waren. Alle anderen Werke

wurden den Leihgebern, welche sie zurückforderten, zurückerstattet. Auf das "Kapital" komme ich noch zu sprechen. Die Nutzungsvereinbarung von 1983 zwischen der Stadt und den privaten Hallenbetreibern wurde aufgrund dieses bereits erfolgten Abbaus per Ende Oktober aufgelöst. Darüber wurde auch in den Medien berichtet. Die Hallen sind ausser drei Werken in der Zwischenzeit leer und wurden geräumt. Damit wurde auch dieser Vertrag aufgelöst.

Einen Sonderfall stellt das Werk "Das Kapital Raum 1970-1977" von Joseph Beuys dar, das vom Obergericht abschliessend den Klägern Wyss, Strebel und Liebelt zugesprochen wurde. Dazu kommen jetzt noch zwei Werke der Kategorie konstruktive Kunst von Laurence Weiner und Jannis Kounellis. Auch diese bleiben im Moment noch in Schaffhausen. Wir haben mit den Eigentümern nach dem Abbau Gespräche über die Zukunft aller Installationen geführt. Klar ist, dass im Fall des "Kapitals" das Urteil des Obergerichts selbstverständlich massgeblich ist, und die Eigentümer das Kunstwerk unter Beachtung der urheberrechtlichen Aspekte - diese wurden offenbar mit der Witwe Beuys geklärt - verlangen beziehungsweise verlegen können. Ebenfalls vorbehalten hat das Obergerichtsurteil eine denkmalpflegerische Unterschutzstellung. Eine solche steht aber weder seitens des Bundes noch des Kantons zur Diskussion. Auch seitens des Stadtrates bestehen keine derartigen Pläne. Im Falle der beiden Werke konstruktiver Kunst wird es dem Eigentümer Michael Liebelt überlassen, inwieweit er den Abbau der Texte von Weiner und des "Kamins" von Kounellis zu seinen Lasten bewerkstelligen will. Ich weiss nicht, ob Sie wissen, dass im ersten Stockwerk der Hallen diese Texte von Laurence Weiner an den Wänden angebracht sind, und der "Kamin" im selben Stock ist (hinten, im ehemaligen Werk von Newman). Auch dort ist es so, dass wir den Abbau des "Kamins" dem Eigentümer überlassen werden.

Normalerweise werden solche Paintings oder Installationen überstrichen oder abgebrochen. Herr Liebelt hat offensichtlich die Idee, diese Paintings mitzunehmen. Ich weiss nicht, ob er die ganze Wand mitnehmen und das Kamin scheidchenweise abtragen will; aber dies sind Fragen, die man sich in solchen Zusammenhängen am Schluss stellen muss. Damit ist klar, dass primär die Eigentümer über den weiteren Verbleib der Installation zu entscheiden haben. Wären sie daran interessiert, (und jetzt komme ich auf das "Kapital" zu sprechen) das Werk an seinem authentischen Platz in der Kammgarn zu belassen (dies betrifft jetzt auch den nächsten Vorstoss, den wir noch behandeln werden), was nach letzten Verlautbarungen äusserst unwahrscheinlich ist, so wäre eine Vereinbarung mit der Stadt zu treffen. Und jetzt ist Folgendes wichtig, denn es ist eine Bedingung, die wir uns auf die Fahne geschrieben haben: Dabei würde der Stadtrat darauf achten, dass dies nur im Rahmen eines für die Stadt kostenneutralen Gesamtkonzeptes geschehen würde, das andere Nutzungen nicht ausschliesst, dem Werk aber auch einen sinnvollen Kontext bieten würde. Dieser Kontext ist fast nicht denkbar, wenn nicht weitere Kunstwerke in seiner Nähe installiert wären.

Sie sehen also, die Entwicklungen laufen aufgrund der damals (Ende April) nicht vorhersehbaren Entwicklung fast von selbst in der von den Postulanten angestrebten Richtung.

Die folgenden Punkte gelten für den Stadtrat bei einer Neunutzung als Eckwerte:

- Es soll eine neue Verwendung für die grosse Liegenschaft geben, die einen unmittelbaren Nutzen für die Stadt und ihre Bevölkerung generiert. Damit ist selbstverständlich nicht nur eine finanzielle Einnahme gemeint, aber durchaus

auch.

- Die Neunutzung soll sich in das kulturelle und wirtschaftliche Umfeld und in seine prominente Lage am Rhein einfügen.
- Den speziellen Räumlichkeiten, die durch die riesigen Dimensionen bei gleichzeitig eingeschränktem Zugang Chancen, aber auch Einschränkungen bieten, ist Rechnung zu tragen. Wir haben zum Beispiel nur an den beiden Kopfwänden überhaupt Treppenhäuser. Man kann sich ja nicht vorstellen, dass man für jede Nutzung noch eine separate Erschliessung machen würde. Dies sind aber Tatsachen, die ziemlich einschränkend wirken.
- Werden die Räumlichkeiten ganz oder teilweise Dritten vergeben, so wird dies aufgrund eines transparenten Prozesses erfolgen. Dies gilt vor allem auch für diejenigen Leute, die sich für das Gebäude interessieren.
- Auch wenn im Moment alles nach einem Abbau des "Kapitals" aussieht, wäre der Stadtrat unter bestimmten Rahmenbedingungen bereit, mit den Eigentümern des "Kapitals" von Joseph Beuys bei konkretem Interesse Möglichkeiten auszuloten, welche einer Erhaltung dieses Werks vor Ort ermöglichen könnte. Ich habe die Bedingungen vorher genannt. Diese beziehen sich vor allem auch auf finanzielle Aspekte. Nur schon die Versicherungen dieses Werkes könnten ganz sicher nicht vom Vermieter beziehungsweise der Stadt übernommen werden.

Zuständig für das Erarbeiten der neuen Nutzungsvarianten ist der Stadtrat. Sind Kredite erforderlich, welche die Zuständigkeit des Stadtrates überschreiten, kommt selbstverständlich der Grosse Stadtrat zum Zug.

Zum Zeitplan, wie er heute aussieht:

- Die Hallen sind also ausser den drei erwähnten Installationen bereits frei geräumt. Die Schlüsselgewalt liegt aus versicherungstechnischen Gründen vorläufig noch bei den Eigentümern des Beuys-Werks. Bis im Frühjahr sollte die Zeit für eine Klärung der Zukunft des "Kapital" und zum anderen zur Erarbeitung von Optionen für die künftige Nutzung der Räumlichkeiten genutzt werden.
- Die Neunutzung soll dabei nicht übers Knie gebrochen - ich bin froh um diesen Aspekt, den Sie auch erwähnt haben - sondern sorgfältig erarbeitet werden. Der Prozess soll für die Interessenten und das Parlament nachvollziehbar sein. In diesem Sinne ist der Stadtrat bereit, das Postulat entgegenzunehmen und dem Grossen Stadtrat über die Evaluation zur Neunutzung zu gegebener Zeit Bericht zu erstatten.

Der Stadtrat beantragt Ihnen daher, das Postulat erheblich zu erklären.

Zum Schluss möchte ich Ihnen trotzdem noch etwas Retrospektives sagen, das vielleicht auch etwas den Titel des Vorstosses erwähnt: Trotz der befürwortenden Empfehlung distanziert sich der Stadtrat auch aus heutiger Sicht von der im Titel des Vorstosses erwähnten "Finanzierung von privaten Hobbys" und verweist in diesem Zusammenhang auf sein gemeinsames Communiqué mit dem Kanton über die Schliessung der Hallen für neue Kunst' vom 6. Juni 2014.

Während 30 Jahren hat Schaffhausen dank des grossen privaten Engagements zahlreicher Beteiligter, allen voran des Ehepaars Raussmüller, aber auch von vielen Kunstschaaffenden, die Leihgaben gegeben haben, von privaten Gönnern und Sponsoren sowie von Stadt und Kanton eine private Kulturinstitution mit weltweiter

Ausstrahlung beherbergen können. Darauf können wir auch stolz sein - und dies zu Bedingungen, die weit unter den Kosten einer vergleichbaren öffentlich finanzierten Institution lagen. Zutreffend ist deshalb, dass die privaten Betreiber die Kunstwerke nicht nur für sich gesammelt haben, sondern diese während der Vertragsdauer einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht haben.

Wir hoffen immer noch, dass dies für einen Grossteil der Werke auch am neuen Ort in Basel dereinst gelten wird, denn Kunst entfaltet erst dann ihre Wirkung, wenn sie sich einem interessierten Publikum erschliessen kann. “

Hermann Schlatter (SVP)**SVP/EDU-Fraktionserklärung**

”Ich freue mich, Ihnen die Fraktionsmeinung zum Postulat von Martin Egger "Schluss mit staatlicher Finanzierung privater Hobbies" verlesen zu dürfen.

Die SVP/EDU-Fraktion unterstützt das Postulat von Martin Egger und möchte, dass die Räume im Kammgarnareal möglichst schnell wieder genutzt werden. Der Stadtrat soll jetzt vorwärts machen und alle Optionen subito auf den Tisch bringen, wie es der Postulatstext ergebnisoffen verlangt.

Für unsere Fraktion ist klar: Eine privatwirtschaftliche Lösung muss im Vordergrund stehen. Seit Jahren pumpen wir Subventionen in dieses Haus, setzen viel Steuergeld für den Unterhalt ein und verzichten gleichzeitig auf Mieteinnahmen in beträchtlicher Höhe. Dies muss aufhören.

Es ist an der Zeit, dass diese Räumlichkeiten produktiv genutzt und Arbeitsplätze entstehen können. Die naheliegendste und sicher prüfungswerteste Lösung ist es, mit der benachbarten IWC, die ja schon Interesse angemeldet hat, eine Zusammenarbeit zu suchen. Von dieser Firma wissen wir ja auch, dass sie Weltruf genießt und mit jeder verkauften IWC Uhr der Namen unserer Stadt und unseres Kantons in die Welt hinausgetragen wird - eine wohl unbezahlbare Werbewirkung für uns Schaffhauser.

Kurz: Die SVP/EDU-Fraktion ist dafür, dass die Hallen möglichst schnell neu genutzt werden können und unterstützt deshalb das Postulat von Martin Egger. Eine finanziell solide privatwirtschaftliche Lösung ohne Subventionen und Mietgeschenke steht für unsere Fraktion im Vordergrund. “

Bea Will (AL)**AL-Fraktionserklärung**

”Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Räume im Kammgarnareal, welche heute durch die "Hallen für neue Kunst" belegt sind, möglichst rasch anderweitig genutzt werden können und dem Grossen Stadtrat Bericht und Antrag zu stellen.

Wir sind einverstanden, dieses Postulat an den Stadtrat zu überweisen ohne auf die Begründung von Martin Egger vertieft einzugehen, denn schliesslich geht es beim Postulat zunächst konkret nur um einen Prüfungsauftrag zur Frage: „Wie geht es weiter mit den Hallen?“

Dadurch, dass die Raussmüller-Organisation die Hallen nur noch für kurze Zeit belegt beziehungsweise sogar kaum noch belegt, hat sich das Postulat eigentlich erübrigt. Der Stadtrat muss auch ohne Auftrag vom Parlament eine Lösung suchen. Dass der Stadtrat mit diesem Postulat vom Parlament eingeladen wird, diesen Auftrag innert nützlicher Frist zu erfüllen, finden wir gut.

Den Printmedien (Schaffhauser Nachrichten) konnte man am 29. August 2014 entnehmen, dass "Das Kapital" in Schaffhausen vermutlich keine Zukunft hat. Ich zitiere: *"Was auch Eva Beuys als verfügungsberechtigte Inhaberin der Urheberrechte ihres verstorbenen Mannes Joseph Beuys veranlasste, den Miteigentümern zu gestatten, das vereinsamte „Kapital“ in Besitz zu nehmen, abzubauen, zu verpacken, zu transportieren und andernorts mit kompetenter Mitwirkung als Werk von Joseph Beuys neu zu installieren. "*

Dies stimmt traurig, wenn man daran denkt, wie der NZZ Journalist Mack, der einmal über das Werk gesagt hat: *"... wer es demontiert, kann gleich für Vandalismus plädieren. "*

Ob die Stadt dies wirklich möchte oder nicht, steht wohl ausser Frage. Wir werden die Entscheidung abwarten müssen. Aber wir müssen oder, um es positiv auszudrücken, dürfen folgenden Tatsachen ins Auge sehen: Falls es nicht bleibt, plädiert die AL dafür, dass wir den Tatsachen ganz im Sinne des "kapitalen" Kunstwerkes in Auge sehen. Denn Joseph Beuys hat sein Werk erschaffen, um zu zeigen, dass das eigentliche Kapital einer Gesellschaft ihre Kreativität, ihre Kultur und ihre Kunst ist.

Wir wünschen uns, dass der Stadtrat, wenn er die verschiedenen Nutzungsvarianten der Hallen prüft, sich von Beuys Geist inspirieren lässt und den grösstmöglichen Teil der leer werdenden oder leer gewordenen Räumlichkeiten der Kunst und Kultur in Schaffhausen zur Verfügung stellt.

Den Ideen- beziehungsweise Inputkatalog zum "mit nach Hause nehmen" stellen wir gerne im Anschluss bei der Behandlung des Postulats „Das „Kapital“ retten und die Hallen kulturell nutzen“ vor. “

Stefan Marti (SP)

SP/JUSO-Fraktionserklärung

"Das Postulat von Martin Egger ist eigentlich hinfällig geworden, da es darauf abzielte, der Raussmüller-Sammlung die Mittel zu entziehen und ihr die Hallen zu kündigen. Dem ist Herr Raussmüller durch seinen Abzug bekanntlich zuvorgekommen. Die Hallen dürfen und müssen nun neu und anders genutzt werden.

Nun wünschen auch wir uns, dass etwas geschieht, wenn auch nicht unbedingt möglichst rasch. Es soll, wie bereits gesagt, nichts überstürzt werden, aber es soll doch zügig vorwärts gehen. Wir würden es begrüßen, bis im Sommer nächsten Jahres erste Vorschläge zu erhalten. Im Unterschied zu Martin Egger können wir uns eine Zwischennutzung der Hallen durch Übungsbands oder ähnliches durchaus vorstellen. Schliesslich macht es keinen Sinn, die Hallen einfach leer stehen zu lassen.

Etwas Mühe haben auch wir mit dem Tonfall des Postulates von Martin Egger, lässt es doch den Respekt gegenüber der Leistung des 30jährigen Engagements der Raussmüller Collection für die Stadt Schaffhausen vermissen. Die Hallen für neue Kunst waren ein grossartiges weltweit einzigartiges Projekt, das vielleicht auch einige Käufer der IWC angezogen hat, weil es ungefähr das gleiche Publikum ist. Die zehn Personen, die IWC Uhren kaufen, sind vielleicht die gleichen zehn, die auch in die Hallen gegangen wären, wenn sie nach Schaffhausen kommen.

Das Projekt entstand zu einer quasi vorjuristisch bürokratischen Zeit in einem künstlerischen Milieu. In einem Milieu des Wortes und des Handschlages sowie des

Vertrauens und der Begeisterung. Genau dies ist leider dem Projekt offenbar jetzt auch zum Verhängnis geworden, diese mangelnde Absicherung. Wie bereits Stadtpräsident Thomas Feuerer erwähnte, unterstützen auch wir die sanfteren Töne des Postulates von Martin Egger auf der zweiten Seite. Dort schreibt er, dass er die Kammgarnareal-Räume nicht nur anderweitig, sondern auch nachhaltig nutzen möchte. Wobei wir uns unter nachhaltig natürlich nicht nur die Gewinnoptimierung verstehen, sondern auch etwas in Richtung Umwelt. Und wir freuen uns vor allem auch, dass auch kulturelle Varianten einer neuen Nutzung in Erwägung gezogen werden.

In diesem Sinne unterstützen wir das Postulat Martin Egger und werden es mit meinem Postulat entsprechend ergänzen. “

Dr. Katrin Bernath (GLP)

OeBS/CVP/EVP/GLP-Fraktionserklärung

”Gerne gebe ich Ihnen die Stellungnahme der OeBS/CVP/EVP/GLP-Fraktion zum Postulat von Martin Egger bekannt. Zur Frage, wie gross der Verlust für Schaffhausen durch den Wegzug der Hallen für neue Kunst ist, sind die Meinungen in diesem Saal sicher geteilt. Unbestritten dürfte aber die Forderung sein, dass nun verschiedene Varianten geprüft werden sollen, wie die frei werdenden Räume im Kammgarnareal genutzt werden können. Es ist selbstverständlich, dass in der aktuellen Situation, die sich seit Einreichung des Postulats von Martin Egger geändert hat, verschiedene Varianten zu prüfen sind.

Wir werden dem Postulat zustimmen. Das heisst aber nicht, dass wir den abschätzigen Tonfall im Titel und in der Begründung des Postulats gutheissen.

Zur Erarbeitung verschiedener Varianten möchte ich drei Vorschläge und Hinweise einbringen:

1. Die Frage zur Nutzung des Kammgarnareals hat einen Bezug zum kürzlich behandelten und leider abgelehnten Postulat von René Schmidt zu Unternehmensgründungen: Bei der Prüfung von verschiedenen Nutzungsvarianten soll auch die Idee eines Innovationszentrums berücksichtigt werden. Ich stelle mir dabei eine gemischte Nutzung durch Startup-Firmen vor, die in ganz unterschiedlichen zukunftsgerichteten Bereichen tätig sind, von der Kreativwirtschaft bis zu Technologiefirmen. Durch gestaffelte Mietpreise könnte die Gründung beziehungsweise Ansiedlung von Jungunternehmen in Schaffhausen gefördert werden, analog zu Modellen, wie es sie zum Beispiel im Technopark in Zürich gibt.
2. Bei der Beurteilung von Varianten werden sicherlich die finanziellen Folgen für die Stadt eine Rolle spielen. Dabei ist es wichtig, dass sowohl die Kosten als auch der Nutzen über eine längere Frist einzubeziehen. Ich spreche hier bewusst vom Nutzen und nicht nur von finanziellen Erträgen, die sich direkt in der laufenden Rechnung zeigen. Aus einer volkswirtschaftlichen Sicht sind auch die indirekten Erträge wichtig. Diese entstehen durch eine Attraktivierung des Standorts Schaffhausen, sei es aus wirtschaftlicher und kultureller Sicht oder auch durch vielfältige Angebote, die schliesslich der Bevölkerung zu Gute kommen.
3. Unabhängig davon, wie die verschiedenen Nutzungsvarianten aussehen, die im Konzept erarbeitet werden, ist ein Punkt zentral: Damit ein Ort für kulturelle

und unternehmerische Innovationen entstehen kann, braucht es geeignete Räumlichkeiten, aber auch Freiräume. Das heisst, wie die Räume und das Areal zukünftig genau genutzt werden, soll von Ideen und Eigeninitiative der zukünftigen Nutzerinnen und Nutzer leben; das heisst, dass die Ideen und Anliegen möglicher Nutzerinnen und Nutzer bei der Ausarbeitung von Varianten einbezogen werden sollen.

Schliesslich noch zum Thema Zwischennutzungen, zu denen ich eine offenere Haltung als Martin Egger habe:

Die Erarbeitung einer guten Lösung zur zukünftigen Nutzung der Räumlichkeiten wird wohl längere Zeit dauern, weil es doch um schwierigere Fragen geht. In der Zwischenzeit bis zur definitiven Lösung sind temporäre Nutzungen möglich. Solche Zwischennutzungen bieten ein grosses Potenzial für Innovationen und Kreativität wie viele Beispiele in anderen Städten zeigen. Auch die TempoGARAGE in Schaffhausen ist beziehungsweise war ein gutes Beispiel für eine temporäre Nutzung mit einem beeindruckenden Engagement. Ich hoffe, Sie haben die Ausstellungen nicht verpasst.

Sollten sich privat initiierte Projekte für eine tempoäre Nutzung der derzeit ungenutzten Kammgarnhallen interessieren, bitte ich den Stadtrat um einen wohlwollenden Umgang damit. So werden diese einmaligen Räumlichkeiten hoffentlich nicht lange leer stehen, und wir freuen uns auf neues Leben in den Hallen - sei es nun durch eine baldige definitive Nutzung oder durch kurzzeitige Zwischennutzungen.

Und ganz zum Schluss kann ich es nicht lassen, als Fachfrau für Nachhaltigkeit Martin Egger zu entgegnen: Ich freue mich, wenn er sagt, eine nachhaltige Lösung soll angestrebt werden. Nachhaltig heisst in diesem Zusammenhang, dass es sich um einen Ausgleich zwischen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Anliegen handelt. Ich hoffe, dass dies Berücksichtigung bei einer nachhaltigen Lösung in den Kammgarnhallen findet."

Walter Hotz (SVP)

Votum

"Wenn Sie jetzt einmal rekapitulieren, was uns der Stadtpräsident gesagt hat, muss ich Ihnen schon sagen, dass es enttäuschend ist. Jetzt haben Sie, Herr Stadtpräsident, über sieben Monate oder fast ein Jahr Zeit gehabt, sich Gedanken zu machen, was man mit den Hallen machen könnte. Jetzt nehmen Sie das Postulat entgegen, aber Sie haben nicht aufzeigen können, was Sie eigentlich im Sinne haben. Da muss ich Ihnen schon sagen, da hätte ich mehr Dynamik von Ihnen erwartet.

Zu Martin Egger: Vielleicht müssen Sie dann einmal noch mit Ihrem Vorstandsmitglied Peter Hartmeier sprechen. Er hat ja einen interessanten Artikel mit dem Titel "Kultur, das ist die rentabelste Wirtschaftsförderung" geschrieben."

Martin Egger (FDP)

Schlusswort

"Besten Dank für die positive Aufnahme durch den Stadtrat und die SVP/EDU-Fraktion. Der Dank geht aber auch an die Sprecherinnen und Sprecher der übrigen Fraktionen.

Ich bin mir bewusst, dass die Diskussionen mit den Kolleginnen und Kollegen, die ein anderes Bild von den Hallen haben, um einiges witziger gewesen wären, hätten sich die Ereignisse nicht überschlagen. Umso mehr bedanke ich mich für die sachliche

Diskussion, und ich glaube, wir sollten die Chance wirklich nutzen und nichts überstürzen, um hier jetzt eine Lösung zu finden, die dem ganzen Gebäude und schlussendlich den Einwohnerinnen und Einwohnern zu Gute kommt.

Unter Nachhaltigkeit verstehe ich das gleiche, Katrin Bernath, und ich gehe davon aus, dass wir im Rahmen der politischen Diskussion diese Nachhaltigkeit auch bewerkstelligen werden.

Wo ich anderer Meinung bin, ist zur Thematik Zwischennutzung. Der Stadtpräsident hat darauf hingewiesen, die Schlüsselgewalt liege im Moment bei den Besitzern der jetzigen Kunstwerke. Es geht auch hauptsächlich um Versicherungswerte. Ich denke, für eine Zwischennutzung wären allfällige bauliche Massnahmen notwendig, damit schlussendlich kein Versicherungsfall passiert oder die Stadt noch ein Problem bekommt. Obwohl ich offen bin für Zwischennutzungen, sehe ich aber auch die grosse Problematik und dass für eine Zwischennutzung Anpassungen gemacht werden müssten.

In diesem Sinne freue ich mich auf eine Überweisung; vor allem bin ich gespannt, welche Varianten uns der Stadtrat präsentieren wird. Zudem freue ich mich jetzt schon auf die interessante Diskussion, bei der es um ein Abwägen der unterschiedlichen Interessen geht."

Stadtpräsident Thomas Feurer

Votum

"Zuerst möchte ich mich für das weitgehende Plädoyer für eine gemischte Nutzung bedanken, die wir tatsächlich als richtig erachten. Nicht zuletzt ist diese auch möglich, weil wir diese Unterhalts- und Investitionsbeiträge, natürlich auch über Steuergelder, eingebracht haben. Diese haben dazu geführt, dass wir heute eine Halle haben, die intakt ist. Wir haben neue Fenster und Böden, eine Heizung, und wir haben Storen - alles Investitionen, die wir für jede andere Nutzung auch einsetzen können. Das war ja auch das Versprechen während der langen Zeit, die hinter uns liegt. In diesem Sinne werden wir durchaus eine Lösung finden, welche auch für die Bevölkerung einen Nutzen generiert. "

Schlussabstimmung

Das Postulat wird vom Grossen Stadtrat in seiner Schlussabstimmung mit 33:0 Stimmen überwiesen.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3

Postulat Stefan Marti vom 12. Juni 2014:

“Das Kapital retten und die Hallen kulturell nutzen”

Stefan Marti (SP)

Begründung

"Nach dem positiven Auftakt und dem hoffentlich schon unterschweligen Bekenntnis zur Kultur möchte ich zu meinem Postulat Stellung nehmen und zugleich die Fraktionserklärung der SP/JUSO-Fraktion verlesen.

Mein Postulat will das Postulat von Martin Egger um folgende drei Punkte ergänzen oder erweitern:

1. Das Projekt Hallen soll zusammen mit der Kammgarn und dem Kammgarnhof gesehen und konzipiert werden. Dies wird wahrscheinlich sowieso geschehen.
2. Rund ein Drittel der Hallen soll der Kultur im weiteren Sinne erhalten bleiben. Dies wird wohl der umstrittenste Punkt sein.
3. Das Erdgeschoss soll möglichst einer öffentlichen Nutzung mit Ausrichtung auf den Kammgarnhof hin zugeführt werden.

Zum ersten Punkt möchte ich nur so viel ergänzen: Beim Kammgarnhof muss bekanntlich mit der IWC zusammengearbeitet werden. Dabei wäre für mich eine pragmatische und allseitig befriedigende Lösung, wenn man der IWC erlaubt, den halben Hof mit einem Parkhaus zu unterlegen, wenn sie im Gegenzug dafür sorgt, dass in der andern Hälfte das Wasser in den Hof kommt, und der ganze Hof zu einem Park umgebaut wird. Es wären alle zufrieden: Die IWC wäre zufrieden, die Parkplätze wären unterirdisch, der Platz frei und das Wasser wäre da, und die Stadt könnte sich auf die Hallen fokussieren.

Die zweite Forderung meines Postulates will, dass rund ein Drittel der Hallen für die Kultur im weiteren Sinne erhalten bleibt. Soweit ich gehört habe, sind schon viele Ideen an den Stadtrat herangetragen worden. Interessiert wäre zum Beispiel das Lindenforum. Dieses könnte vielleicht sogar zu einer kleinen Kunstschule oder gar in Zusammenarbeit mit der lokalen Uhren- und Silbermanufaktur oder Verpackungsindustrie zu einem Designzentrum weiterentwickelt werden. Vielleicht - um den Faden weiterzuspinnen - könnte man ja anlog der PHSH einen Ableger der Hochschule für Gestaltung in Zürich machen. Dies würde Schaffhausen auch wieder attraktiver für junge Leute machen, was ja auch ein bekanntes Problem darstellt. Vorstellbar sind auch eine Tanz- oder Jazzschule, eine Erweiterung des Museums - Ideen gibt es genug; wie auch Dr. Katrin Bernath in Anlehnung an das "gebodigte" Postulat von René Schmidt gesagt hat, für Ateliers für Jungunternehmer oder ein Innovationszentrum. Es sollte auf jeden Fall etwas sein, das den gewaltigen Verlust der Hallen für neue Kunst wenigstens ein bisschen kompensiert.

Die restlichen zwei Drittel des Gebäudes sollen für private und wirtschaftliche Zwecke genutzt werden, welche, wenn möglich, ins kulturelle Kammgarn-Umfeld passen und für die Stadt einträglich sind. Darunter könnte man sich ein Gourmet-Aussichtsrestaurant, Lofts oder im weiteren Sinne kreative Firmen wie die IWC, Manufakturen oder grafisches Gewerbe vorstellen. Die wirtschaftliche Nutzung soll dazu dienen, die zu tätigen Investitionen zu finanzieren, so dass die Stadt mittelfristig nebst den zu erwartenden positiven wirtschaftlichen Nebeneffekten der neuen Nutzung auch einen Mietertrag verbuchen kann.

Vorstellbar wäre auch die Nutzung durch die Verwaltung; vielleicht würden das Hochbauamt zusammen mit Stadtplanung und Baureferat, die ja alle viel Licht brauchen, gut passen. Man könnte es sich jedenfalls überlegen.

Doch nun zu Joseph Beuys: Da unterdessen bekannt ist, dass der Beuys nicht mehr zu retten ist, muss der Passus *Es soll versucht werden, das Werk "Das Kapital" von Joseph Beuys für Schaffhausen zu retten* aus meinem Postulat gestrichen werden. Punkt 2 meines Postulates lautet dann neu:

Dabei soll mindestens ein Drittel der jetzigen Hallen der Kunst und Kultur im weiteren Sinne erhalten bleiben.

Wir werden es nicht mehr erleben, aber man muss kein Prophet sein, um zu wissen, dass die Schaffhauser in zweihundert Jahren kopschüttelnd darüber sinnieren werden, weshalb es der Stadt Schaffhausen damals nicht gelungen ist, die Hallen für neue Kunst zu retten. Die schmerzhaft endende Geschichte des Aufstiegs und Falls Schaffhausens als Stern am internationalen Kunsthimmel wird vielleicht schon bald von einer Kunststudentin aufgegriffen und in einer spannenden Dissertation aufgearbeitet werden.

Zum dritten Teil meines Postulates wurde ich gefragt, was unter einer *öffentlichen Nutzung* des Erdgeschosses zu verstehen sei. Unter einer öffentlichen Nutzung verstehe ich eine nach Möglichkeit für die Öffentlichkeit zugängliche also eine gegen den Kammgarnhof hin geöffnete Nutzung. Deshalb muss auch das Projekt Hallen mit dem Projekt Kammgarnhof zusammen gesehen werden. Konkret könnte dies zum Beispiel ein Oldtimerclub mit Werkstatt sein. Man geht dann am Samstag dorthin in den Biergarten, der auch schon vorgeschlagen ist, und kann mit den Kindern zuschauen, wie Autos auseinander geschraubt und wieder zusammengesetzt werden. Auch das ist Kultur, im weiteren Sinne, und so verstehe ich dies.

Die SP/JUSO-Fraktion wird dem Postulat zustimmen und hofft, das Parlament beauftragt den Stadtrat, mit frischer Kraft und in nützlicher Frist die vorhandenen Visionen umzusetzen. “

SR Peter Neukomm

Stellungnahme Stadtrat

”Das Postulat von Stefan Marti ist jetzt vom Postulanten angepasst worden, ich werde am Schluss dazu Stellung nehmen.

Mit seinem Postulat vom 12. Juni 2014 lädt Grosstadtrat Stefan Marti den Stadtrat ein, eine Vorlage für ein Gesamtnutzungskonzept für die Hallen und den Kammgarnhof auszuarbeiten. Der Vorstoss zielt damit in eine ähnliche Richtung wie das Postulat von Martin Egger und der Stadtrat ist froh, ihn in der gleichen Sitzung wie das vorangegangene Geschäft beantworten zu können.

Der Stadtrat beantwortet die Forderungen wie folgt:

1. Der Stadtrat wird eingeladen, eine Vorlage auszuarbeiten, die ein Gesamtnutzungskonzept Hallen/Kammgarnhof Kammgarn vorsieht (Kultur, Private, Verwaltung).

Der Stadtrat ist bereits auf mehreren Ebenen daran, Vorbereitungen für die Erarbeitung eines Gesamtnutzungskonzepts zu treffen. Unter anderem wurden kürzlich auch die Ergebnisse aus der öffentlichen Mitwirkungsveranstaltung vom 24. Mai zur zukünftigen Platzgestaltung ausgewertet und die nächsten Schritte definiert, die den Aspekt der Erdgeschossnutzung der Kammgarnliegenschaft an der Klosterstrasse betreffen. Die für den Stadtrat massgeblichen Eckwerte für eine Neunutzung der Hallen hat Ihnen bereits Thomas Feurer im Rahmen der Beantwortung des Postulats Egger erläutert.

Zuständig für das Erarbeiten der neuen Nutzungsvarianten ist der Stadtrat. Sind Kredite erforderlich, welche die Zuständigkeit des Stadtrates überschreiten, kommt natürlich der Grosse Stadtrat zum Zug. Der Zeitplan für das Vorgehen in den nächsten Monaten wurde Ihnen ebenfalls schon erläutert, ich verzichte hier auf eine Wiederholung. Er wird mit einem Vorgehenskonzept bis zum Frühjahr

2015 - wenn die Infrastruktur für potenzielle Folgenutzer problemloser besichtigt werden kann - vorveranschlagt.

2. Dabei soll mindestens ein Stockwerk der jetzigen Hallen der Kunst und Kultur im weitesten Sinne erhalten bleiben. Es soll auch versucht werden, das Werk "Das Kapital" von Joseph Beuys für Schaffhausen zu retten.

Diese Passage hat der Postulant heute angepasst. Die Stadt steht in der Verantwortung für eine positive Entwicklung der Kammgarn. Der Stadtrat teilt die Auffassung des Postulanten, dass der gesamte Kammgarn-Komplex einer gemischten Nutzung – privat wie öffentlich – zugeführt werden soll. Dabei soll auch der Kultur Raum gegeben werden. Es wird eine Mischung aus kommerzieller Nutzung mit marktgerechten Mietpreisen und kreativer respektive kultureller Nutzung angestrebt. Für beide Nutzungsarten liegen bereits einige Interessensbekundungen vor. Vor allem die künftigen Nutzungsarten des Erdgeschosses sollten abgestimmt sein auf die Entwicklung des Aussenraums (Kammgarnplatz), dessen Aufenthaltsqualitäten attraktiviert werden sollen. Es bietet sich uns nun eine grosse Chance, indem die Nutzung der Hallen und die Neugestaltung des Platzes zeitlich zusammenlaufen.

In diesem Zusammenhang muss das Thema Parkierung bald angegangen werden. Es sollen in Zusammenarbeit mit der IWC neue Lösungen mit Kompensation in unmittelbarer Nähe gesucht werden. Die Stadtplanung ist daran, gemeinsam mit anderen Abteilungen der Stadtverwaltung die Grundsätze für die künftige Platzgestaltung und die Anbindung an die Uferpromenade der Rheinuferstrasse festzulegen.

Und nun hätte ich an dieser Stelle einige Worte zum "Kapital" von Joseph Beuys gesagt. Ich lasse dies jetzt aber bleiben, weil ja auch das Postulat entsprechend angepasst worden ist. Sie haben schon von Stadtpräsident Thomas Feuerer gehört, dass die Chance oder das Risiko, je nachdem wie man dies im Hinblick auf die künftige Nutzung sieht, dass das "Kapital" hier bleiben wird, sehr klein sind. Die Rahmenbedingungen, unter denen das „Kapital“ hier bleiben könnte, hängen vorwiegend von den Eigentümern ab. Dazu hat sich auch schon Stadtpräsident Thomas Feuerer geäussert.

Wie gesagt, der Postulant hat den Wortlaut seines Vorstosses angepasst. Wir sind mit dieser Anpassung nicht zufrieden, darauf komme ich am Schluss nochmals zurück.

3. Das Erdgeschoss soll möglichst einer öffentlichen Nutzung (zum Beispiel Kunsthandwerk, Werkstätten) mit Ausrichtung auf den Kammgarnhof zugeführt werden.

Die Forderungen am Anfang seines Postulates entsprechen den Vorstellungen des Stadtrates; dies möchte ich an dieser Stelle wiederholen. Ein Hauptproblem für ein Nutzungskonzept liegt jedoch darin, dass das gesamte Gebäude nicht genügend erschlossen ist. Momentan befinden sich im Erdgeschoss lediglich Lagerräume, die Signalisationsabteilung der Verwaltungspolizei sowie Parkieranlagen von Polizei und Feuerwehr, die nicht beheizbar sind. Es fehlen überdies Leitungen und sanitäre Anlagen. In einem ersten Schritt muss für eine Neunutzung nach Ersatzstandorten für die jetzigen Nutzer des Erdgeschosses (Westflügel) gesucht werden. Dies ist aber keine einfache

Sache, und deshalb kann es auch nicht subito erledigt werden.

Für die oberen Stockwerke der Hallen muss überprüft werden, für welche Nutzung die Räumlichkeiten überhaupt geeignet sind. Es ist kaum vorstellbar, die weitläufigen Hallen beliebig zu separieren. Auch die beiden nur kopfseitig bestehenden Treppenhäuser schränken die Nutzungsmöglichkeiten ein. Der Einbau von zusätzlichen vertikalen Treppenerschliessungen sowie von Steigschächten für sanitäre und elektrische Leitungen würde ausserdem zu sehr hohen Folgekosten und einer teilweisen Zerstörung des einmaligen Fabrikambientes führen. Der Stadtrat steht deshalb im Kontakt mit Spezialisten, die in Zürich, Winterthur oder anderen Städten schon ähnliche Nachfolgenutzungen für Industrieanlagen begleitet haben. Vorgesehen sind eine sorgfältige Nutzungsanalyse und ein Entwicklungsprozess, welcher auf die Arealentwicklung abgestimmt sein muss. Dieser soll durch eine externe Person mit entsprechender Erfahrung geführt werden, denn die Stadtverwaltung verfügt weder über das nötige Know-how noch über die dafür nötigen Ressourcen. Über diesen Prozess wird dem Grossen Stadtrat zu gegebener Zeit Bericht erstattet.

Nun zum Schluss: Eigentlich bin ich im Namen des Gesamtstadtrates beauftragt, das Postulat analog zum Vorstoss von Martin Egger entgegenzunehmen. Nun hat der Postulant seinen Vorstoss aber relativ markant abgeändert. Ich habe bis jetzt nur Rücksprache mit meinem Banknachbar nehmen können und nicht mit den übrigen Stadtratsmitgliedern. Aber aufgrund unserer bisherigen Diskussionen gehe ich davon aus, dass der aktualisierte Wortlaut für uns zu einschränkend ist, was die zukünftige Nutzung betrifft. Wenn der Postulant jetzt nämlich von mehr als einem Drittel der Hallen spricht, sind dies mehr als 2'500 m², und dies ist für uns eine zu starke Einschränkung im Hinblick auf eine künftige Nutzung, wenn für über 2'500 m² eine kulturelle Nutzung vorzusehen wäre.

Für uns ist klar, dass es vor allem das Erdgeschoss ist, das sich für eine kulturelle Nutzung eignen würde. Gerade im Zusammenhang mit der Platzgestaltung wird diese Frage zu stellen sein und vermutlich weniger für die oberen Geschosse. Aber diesbezüglich lassen wir uns, wie gesagt, noch von Spezialisten beraten. Es hat auch feuerpolizeiliche Gründe, weshalb die oberen Stockwerke nicht ganz einfach zu nutzen sein werden.

Ich bitte den Postulanten im Namen des Stadtrates, seinen Text anzupassen und nicht von einem Drittel der Hallen, sondern von *einem Teil* der Hallen zu sprechen. Dann können wir uneingeschränkt hinter diesem Postulat stehen. Aber wenn Sie mehr als einen Drittel der Hallen verlangen, dann können wir einer Überweisung nicht zustimmen."

Bea Will (AL)

AL-Fraktionserklärung

"Ich verlese Ihnen die AL-Fraktionserklärung zum Postulat von Stefan Marti "Das Kapital retten und die Hallen kulturell nutzen".

Zu Punkt 1 des Postulats:

Der Stadtrat wird eingeladen, eine Vorlage auszuarbeiten, die ein Gesamtnutzungskonzept Hallen/Kammgarnhof/Kammgarn vorsieht (Kultur, Private und Verwaltung).

Das finden wir grundsätzlich gut. Wir können uns vorstellen, dass in einem Teil des

Kammgarnareals ein „Kulturcampus“ entstehen könnte, wie ihn unser nicht wählbarer Stadtratskandidat Carlos Abad der Pressekonferenz vor mehreren Wochen vorgestellt hat:

Zitat Abad (inklusive kleiner Änderungen zum besseren Verständnis):

„Ich möchte mich mit Volldampf dafür einsetzen, dass die Chance, aus den Hallen etwas Neues zu machen, gepackt wird, um einen Kulturcampus Kammgarn zu etablieren. Ich würde Gespräche mit der Zürcher Hochschule der Künste führen und versuchen, ein Institut nach Schaffhausen zu holen. Ich würde abklären, ob man das Lindenforum (10. Schuljahr mit dem Schwerpunkt „Kunst“, bisher ansässig in Lohn) im besagten Areal unterbringen kann. Ich würde prüfen, ob aus den alten Busgaragen Bandräume und Ateliers entstehen könnten. Zusammen mit der Kammgarn Veranstaltungshalle, Kammgarnbeiz, dem Vebikus und dem Taptab-Musikraum würde so ein einmaliger Kulturcampus entstehen, eine echte Attraktion, ein Magnet für Kulturinteressierte.“

Hinter diesen, damals ausgesprochenen Ideen stehen wir als AL. Natürlich gibt es viele weitere Möglichkeiten, wie zum Beispiel die Zusammenarbeit mit der Sturzenegger Stiftung, dem Museum zu Allerheiligen und den vielen Kulturschaffenden Schaffhausens, die für den Stadtrat sicher sehr naheliegend und prüfenswert für ein Gesamtkonzept sind.

Stefan Marti schlägt noch vor, zu prüfen, ob Künstler wie Yves Netzhammer oder andere eingeladen werden, einen Teil ihrer Werke auszustellen und schliesst nicht aus, dass die Hallen geeignete Räumlichkeiten für eine Tanz- oder Jazzschule, ein Sensorium oder Ähnliches wären. Verschiedene gute Ideen, die bei der Erarbeitung des Gesamtkonzepts gerne mit den jeweiligen Interessengruppen auch abgeklärt werden dürften. Weiter vertiefen in diese Ideen wollen wir uns zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht. Dies gehört dann in die Konzeptarbeit für die Gesamtentwicklung.

Zu Punkt 2 des Postulats:

Dabei soll mindestens ein Stockwerk der jetzigen Hallen der Kunst und Kultur im weiteren Sinne erhalten bleiben.

Das ist uns das wichtigste Anliegen und passt zu unseren Ideen. Weiter heisst es: *„Es soll versucht werden, das Werk "Das Kapital" von Joseph Beuys für Schaffhausen zu retten.“* Über diesen Punkt haben wir bereits gesprochen und lassen dies zurzeit so stehen.

Zu Punkt 3 des Postulats: *Das Erdgeschoss soll möglichst einer öffentlichen Nutzung (zum Beispiel Kunsthandwerk/Werkstätten) mit Ausrichtung auf den Kammgarnhof zugeführt werden.*

Hier verweise ich nochmals auf das Eingangszitat von Carlos Abad und denke, dass wir in diesem Sinne einig mit Stefan Marti gehen. Marti meint zu seinem 3. Punkt im Postulat aber, dass es nicht darum gehe, die Hallen möglichst rasch wieder neu zu bespielen, sondern darum, dass wir mit Bedacht vorgehen sollen. Hier sind wir ganz klar etwas anderer Meinung. Wir wollen nicht, dass die Hallen leer stehen, bis ein Gesamtnutzungskonzept für das Areal ausgearbeitet ist. Wir wünschen uns, dass bereits ab Anfang des kommenden Jahres 2015, das heisst im Frühjahr 2015 oder nachdem die letzten Werke aus den ehemaligen Hallen für neue Kunst weggebracht sind, die Räumlichkeiten provisorisch beziehungsweise temporär genutzt werden dürfen. Ich denke an die Kunst- und Kulturschaffenden der Region, die bestimmt schon Ideen oder bereits Eingaben gemacht haben. Sie werden sicherlich sehr gerne

diese Räume mit Kunstprojekten und Ausstellungen, Musik-, Film-, Foto- oder Theaterprojekten, einem Literaturfestival und/oder anderen Veranstaltungen bespielen.

Hier finden wir es wichtig, dass der Stadtrat so schnell wie möglich prüft, was möglich ist und den Zeitraum für die einzelnen Kulturschaffenden oder Gemeinschaftsprojekte bekannt gibt. Als Koordinatoren müssten Jens Lampater und Roland Hofer als Kulturbeauftragte dafür zu haben beziehungsweise zu verpflichten sein.

Wir freuen uns auf jeden Fall auf einen gut ausgeglichenen Kulturmix während der Zeit vor der Umsetzung des Gesamtkonzepts.

Um nochmals auf das Gesamtkonzept zurückzukommen: Dort macht es sicher Sinn, einen Teil der Räumlichkeiten an die Verwaltung und die Privatwirtschaft zu vermieten, um andere Einnahmen zu generieren, wie dies die Kultur allenfalls kann. Es ist eine Feststellung, liegt aber nicht in unserem Fokus, was wir uns für unsere Stadt auf diesem Areal wünschen.

Wir freuen uns auf jeden Fall schon heute auf ein lebendiges Kammgarnareal, als „Kulturcampus“ genutzte Hallen, die möglichst vielen kreativen Menschen aus der Bevölkerung etwas zu bieten haben. Aus unserer Sicht kann hier ein dynamischer „Kessel Buntes“ entstehen, der unserer Stadt in ihrer Entwicklung wahnsinnig gut tun wird.

Wir geben unseren Segen zur Überweisung beider Postulate und freuen uns auf das, was zu gegebener Zeit aus dem Stadtrat ins Parlament zurückkommt. In diesem Sinn: Kammgarnschiff ahoi. “

Hermann Schlatter (SVP)

SVP/EDU-Fraktionserklärung

„Auch zum zweiten Vorstoss in Sachen Hallen, dem Postulat „Das Kapital“ retten und die Hallen kulturell nutzen“, eingereicht von Stefan Marti, liegt es an mir, Ihnen die Fraktionsmeinung der SVP/EDU verlesen zu dürfen.

Es überrascht Sie wohl nicht, dass die SVP/EDU-Fraktion von diesem Postulat nicht viel hält, respektive bereits bei der Unterstützung des Postulats Egger darauf hingewiesen hat, der Stadtrat solle jetzt vorwärts machen und alle Optionen, welche die Hallen betreffen, schnell auf den Tisch bringen. Dies insbesondere deshalb, weil zwischenzeitlich bekannt ist, dass die Hallen bis auf ein paar wenige Exponate, unter anderem das Ausstellungsstück "Das Kapital", geräumt sind.

Es macht aus unserer Sicht aus finanziellen Gründen wie auch aus Besucheroptik absolut keinen Sinn, „nur“ für dieses Werk einen ganzen Boden an diesem Top-Standort der Stadt zu versperren. Denn, was mit vollen Hallen an moderner Kunst nicht gelungen ist, kann alleine mit dem Ausstellungsstück "Das Kapital" noch weniger gelingen, nämlich ein einigermaßen vernünftiges Kosten-/Nutzenverhältnis. Und ein Mäzen, der die Hallen zu einem vernünftigen Preis mietet, lässt sich bei uns in Schaffhausen wohl kaum finden, denn diesen Steuerpflichtigen wird ja zurzeit erklärt, die Party sei vorbei. Dazu kommt, dass die Stadt mit ihrem Museum, das gemäss Budget 2015 ein Defizit von über CHF 3 Mio. aufweist, schon heute einen namhaften Beitrag für Kulturinteressierte aufbringt.

Der Stadtpräsident hat vorhin erklärt, dass eben die Bausubstanz dank den Hallen

sehr gut erhalten sei. Erlauben Sie mir die Bemerkung, dass ich die Nachhaltigkeit der letzten 30 Jahre etwas in Frage stelle, denn auf der anderen Seite haben wir auch vermutlich aufgelaufene kapitalisierte Mietzinsausfälle von rund CHF 10 Mio.

Deshalb nochmals, für unsere Fraktion ist klar: Eine privatwirtschaftliche Lösung muss im Vordergrund stehen. Neuen und teuren Kulturexperimenten steht unsere Fraktion kritisch bis ablehnend gegenüber. Natürlich sollen auch kulturelle Nutzungen geprüft werden können; dieser Auftrag wurde dem Stadtrat aber mit dem Postulat Egger erteilt. Eine kulturelle Nutzung „auf Teufel komm raus“, wie dies der Vorstoss Marti kategorisch verlangt, lehnen wir entschieden ab.

Kurz: Die SVP/EDU-Fraktion lehnt neue und teure Kulturexperimente ab, weshalb sie gegen eine Erheblicherklärung des Postulats von Stefan Marti ist. “

Dr. Katrin Bernath (GLP)

OeBS/CVP/EVP/GLP-Fraktionserklärung

”Das Postulat von Stefan Marti verlangt, wie das vorher schon behandelte Postulat, eine Auslegeordnung verschiedener Nutzungsvarianten. Wichtig erscheint uns die Ergänzung gegenüber dem Postulat Egger, dass dabei das ganze Kammgarnareal einbezogen werden soll. Die Nutzungen in den Gebäuden und jene im Kammgarnhof stehen in enger Beziehung zueinander. In diesem Sinne unterstützen wir die erste Forderung des Postulats.

Das Gesamtnutzungskonzept soll unserer Ansicht nach jedoch offen für unterschiedliche Varianten sein. Mit dem zweiten Punkt des Postulates wird bereits eine Einschränkung gemacht. Ob das "Kapital" auch zukünftig hier in Schaffhausen einen Platz hat, ist, wie wir gehört haben, in erster Linie von den Eigentümern abhängig. Deshalb sind wir der Ansicht, dass hier keine Vorentscheide getroffen werden sollen und werden dem Postulat nur zustimmen, wenn der zweite Punkt gestrichen wird.

Die im dritten Punkt geforderte öffentliche Nutzung haben wir intensiv diskutiert. Dabei waren wir nicht sicher, ob hier eine öffentlich zugängliche Nutzung oder eine Nutzung durch die öffentliche Hand gemeint ist. Wir sind der Ansicht, dass im Erdgeschoss eine öffentlich zugängliche Nutzung wichtig dafür ist, dass das Kammgarnareal ein lebendiger Treffpunkt für alle Schaffhauserinnen und Schaffhauser wird. Dies können zum Beispiel Restaurants, Läden oder eine Werkstatt mit einem Repair-Café sein. Ich bringe auch gerne die bereits genannte Idee eines Biergartens ein, die mich an der Veranstaltung zur Zukunft des Kammgarnareals überzeugt hat, da damit breitere Bevölkerungskreise angesprochen werden, die heute noch nicht zum Stammpublikum der Kammgarn gehören. Vielleicht wäre ja auch der Puuremarkt hier an einem guten Ort, wenn ein Entwicklungsschritt am Kirchhofplatz gemacht würde und die heutigen Räumlichkeiten allenfalls nicht mehr zur Verfügung stehen.

Diese Beispiele zeigen, dass wir hier sehr wohl Nutzungen sehen, die von privaten Mieterinnen und Mietern betrieben werden, das heisst wenn der 3. Punkt eine Einschränkung auf Nutzungen durch die öffentliche Hand postulieren sollte, würden wir diesen ablehnen. Stefan Marti hat mir aber versichert, dass dies nicht so gemeint ist. Allerdings wird auch mit der Auslegung als öffentlich zugängliche Nutzung der 3. Punkt voraussichtlich nicht von der ganzen Fraktion getragen, weil er wie der 2. Punkt die möglichen Varianten einschränkt.

Zusammengefasst ist unsere Haltung zum Postulat Marti wie folgt: Wir begrüssen die

Forderung nach einem Gesamtnutzungskonzept und werden dem Postulat zustimmen, wenn die Punkte 2 und 3 gestrichen werden.

Ob es in unserer Fraktion eine Mehrheit gibt, wenn der 2. Punkt wie angekündigt abgeändert wird, kann ich nicht sagen, da wir zuerst die Ausführungen des Postulanten und des Stadtrates anhören wollten, und die Änderung ja erst gerade vom Postulanten vorgetragen wurde. Insgesamt vertreten wir aber die Haltung, dass die Offenheit für den gestarteten Prozess zur Ausarbeitung eines Nutzungskonzeptes sehr wichtig ist und nicht zu starke Einschränkungen gemacht werden. Es soll nicht "von oben" vorgegeben werden, was zu geschehen hat. Es ist auch davon abhängig, welche Initiativen es gibt, wer in diesen Hallen überhaupt etwas machen möchte."

Martin Egger (FDP)**FDP/JFSH-Fraktionserklärung**

"Besten Dank an Stefan Marti für die Präzisierungen zum Postulat. Doch auch die abgeänderte Form ist uns zu einschränkend und zu wenig ergebnisoffen. Vor allem mit der Einschränkung "mindestens ein Drittel" liegt dies gar nicht in unserem Interesse. Es ist, wie der Stadtrat schon gesagt hat, zu wenig ergebnisoffen. Wir bitten Stefan Marti darum, das Postulat in eine Interpellation umzuwandeln, die FDP/JFSH-Fraktion kann dem Postulat nicht zustimmen."

Urs Tanner (SP)**Votum**

"Bei Kunst bin ich definitiv nicht kompetent, aber zur ersten Forderung beim Kammgarnhof hätte ich eine Frage an den Baureferenten: Und zwar geht es um den Masterplan Rheinufer aus dem historischen Jahre 2009. Hier müssen wir das Rad nicht neu erfinden, da sich das Nutzungskonzept auf dem Kammgarnhof, welches Stefan Marti verlangt, ja auf diesen Masterplan bezieht.

Ich erinnere Sie daran, dass für den Punkt 3 ein Konzept für den Kammgarnhof im Jahre 2010 gemacht wurde und theoretisch hätte 2013 gebaut werden sollen. Mich würde nun interessieren, wie es mit dieser Planung steht, weil es meiner Ansicht nach doch bei Zustimmung oder Ablehnung dieses Postulates relevant ist. Also meine Frage lautet: Wie steht es mit dem Projekt Nr. 3 "Kammgarnhof", der seit 2013 eigentlich stehen müsste? Mir ist klar, dass es wahrscheinlich eine schwierige Frage ist."

SR Dr. Raphaël Rohner**Stellungnahme Stadtrat**

"Ich stelle fest, es wurde in diesem späten Frühjahr nicht zur Kenntnis genommen, dass wir im Kammgarn einen Kickoff-Anlass durchgeführt haben. Die Kammgarn ist in unserer Planung, und es waren auch Leute aus der Entourage von Urs Tanner dabei. Man hat damals sehr engagiert eine Auslegeordnung gemacht, Vertreter aus Kultur, Wirtschaft und Gewerbeverband waren dabei. Die entsprechenden Auswertungen fließen jetzt in ein Planungskonzept ein.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Frage, die auch bereits von Stefan Marti aufgeworfen wurde: Was machen wir mit diesen Parkplätzen? Diese Frage wiederum ist in der Arbeitsgruppe Attraktivierung Altstadt ein Thema, in der auch Martin Jung Einsitz hat. Sie haben sicher von ihm gehört, dass wir dort über diesen Platz gesprochen haben und Einigkeit darin hatten, dass es vor allem für das Gewerbe und den Detailhandel in der Altstadt wichtig ist, dass ein angemessener Ersatz für die Parkplätze angeboten werden kann. Dieser Ersatz könnte sich tatsächlich mit einer

Tiefgarage ergeben; wir sind auch mit der IWC in entsprechenden Gesprächen. Zwischenzeitlich wurden von Seiten des Hochbauamtes und der Stadtplanung konkrete Abklärungen über Möglichkeiten gemacht. Es sieht so aus, dass eine einstöckige Tiefgarage mit rund 100 Parkplätzen realisiert werden könnte; wohlverstanden nur einstöckig, weil ansonsten das Grundwasser drückt, das wir aber nicht als Teich nach oben fliessen lassen können, wie es sich Stefan Marti wünscht. Dies würde einen rechten Teil der oberirdisch zurzeit bestehenden Parkplätze kompensieren. Mit einer weiteren Anordnung, die wir in der Klosterstrasse planen, wäre allenfalls im Sinne einer Fischzahnparkierung noch eine Kompensation möglich. Zusätzlich laufen Abklärungen, ob ein Parkhaus im Geviert Ringkengässchen/Frauengasse möglich ist.

Es sollte möglich sein, eine Tiefgarage zu machen; damit hätten wir den ganzen Platz frei und der Phantasie könnte freier Lauf gelassen werden. Es ist meiner Ansicht nach eine gute und realistische Option. Wir werden das Gespräch mit der IWC suchen, die ebenfalls sehr interessiert sind. Die IWC ist selbstverständlich als unmittelbare Partnerin in der Platzgestaltung einzubeziehen. Es ist wichtig, dass die Platzgestaltung in die geplante Konzeptstudie für die zukünftige Nutzung des frei gewordenen Gebäudes integriert wird, welche gute Optionen offen lässt. Der Zeithorizont dürfte rund eineinhalb Jahre sein."

SR Peter Neukomm

Stellungnahme Stadtrat

"Ich möchte nochmals die Haltung des Stadtrates präzisieren, damit keine Missverständnisse aufkommen. Vielleicht vorweg eine Korrektur zum "Kapital": Es beschlägt zwei Stockwerke, was natürlich auch zu einer starken Präjudizierung einer zukünftigen Nutzung führt.

Wie mein Vorredner SR Dr. Raphaël Rohner korrekt erwähnt hat, sind wir natürlich nicht nur bezüglich der Platzgestaltung, sondern auch bezüglich der Entwicklung der Hallen im Kontakt mit der IWC. Wir pflegen eine sehr gute Partnerschaft und wissen auch, dass die IWC grundsätzlich Interesse an einer Ausdehnung hat. Für den Stadtrat ist jedoch klar, dass eine Vollnutzung durch die IWC oder eine andere Unternehmung nicht in Frage kommt. Es kann nicht sein, dass die gesamten Hallen einer rein privaten Nutzung zugeführt werden. Dies haben wir auch schon vorher genügend klar betont.

Natürlich muss bei einer Neunutzung auch die Frage der Finanzen geklärt und berücksichtigt werden. Wir wollen ja nicht die Hallen als Geldvernichtungsmaschine, sondern wir wollen etwas Kreatives - etwas, was Leben in unsere Stadt bringt, etwas Dynamisches. Wir sind der Überzeugung, dass eine kommerzielle Nutzung, eine kulturelle, eine pädagogische oder auch eine kreative Nutzung sich nicht gegenseitig ausschliessen.

Ich bin sicher, dass in einer geschickten Mischung auch eine kommerzielle Nutzung Platz haben kann und haben muss. Dadurch erhalten wir eine Win-win-Situation. Wir bekommen einen Leuchtturm, der aufgrund seiner Ausstrahlung uns als moderne Stadt positioniert, in der etwas passiert, in der neue Ideen möglich sind, in der auch kreative Ansätze möglich sind und der uns vorwärts bringt.

Ganz klar deponiere ich hier nochmals unser Bekenntnis für eine gemischte Nutzung."

Stefan Marti (SP)**Schlusswort**

„Das Postulat ist auch schon ein bisschen älteren Datum, und damals war es noch nicht klar, was mit dem "Kapital" passiert. Meine ursprüngliche Idee war auch, dass dieses Herzstück, das "Kapital", über das ja hier in diesem Saal so viel geredet wurde und wird, verbleibt. Joseph Beuys hat, wie auch schon Walter Hotz, gesagt, dass das Kapital einer Gesellschaft ihre Kultur sei, und die Kunst sei Kapital. Offenbar ist es ja so, dass für Autos ganz erfreuliche Perspektiven existieren. Es sieht für die bunten, schönen Dinger gut aus, wenigstens so lange es noch Benzin gibt. Für die Kultur ist offensichtlich ein bisschen weniger Interesse da, was sehr schade ist. Einschränkung bringt ja eigentlich Kreativität, und ich möchte deshalb einen Versuch wagen und den umstrittenen 2. Punkt wie folgt abändern:

Dabei soll ein Teil der Hallen der Kunst und Kultur im weiteren Sinne erhalten bleiben.

Ich habe vorher schon Möglichkeiten im weiteren Sinne skizziert, das heisst etwa eine Ballett- und/oder Jazzschule, Oldtimer-Club. Ich hoffe, dass Sie das Postulat in diesem Sinne unterstützen werden. "

Schlussabstimmung

Das Postulat wird vom Grossen Stadtrat in der Schlussabstimmung mit 17:16 Stimmen nicht überwiesen.

Das Geschäft ist erledigt.**Traktandum 4****Postulat René Schmidt vom 3. Juni 2014:****Erhalt von Fussball- und Trainingsplätzen auf der Breite****René Schmidt (GLP)****Begründung**

„Ich freue mich, das Postulat „Erhalt von Fussball- und Trainingsplätzen auf der Breite“ erläutern zu können. Bereits viele Ratsmitglieder haben mit der Unterzeichnung des Postulats ihre Unterstützung signalisiert. Dafür danke ich vorweg herzlich. Ich habe nun die Absicht, mit einer ergänzenden Begründung weitere Stimmen für das Postulat zu gewinnen. Ziel des Postulats ist eine Umsetzung von Art. 2 lit. d und lit. g der Stadtverfassung. Es geht materiell darum, eine Infrastruktur für ein breitgefächertes Sportangebot für den Jugend- und Breitensport sicherzustellen. Ausgangslage ist die Volksmotion für den Erhalt von Trainingsplätzen auf der Breite. Fast 3'000 Einwohner der Stadt Schaffhausen haben ihr Bekenntnis zum Begehren der Volksmotion mit ihrer Unterschrift bekräftigt. Die Volksmotion traf offensichtlich den Nerv der Bevölkerung. Dem Grossen Stadtrat war der Bogen aber etwas zu weit gespannt, und juristische Unwägbarkeiten führten dazu, dass die Volksmotion versenkt wurde, obwohl der politische Wille zur Bereitstellung von Trainingsplätzen spürbar war.

Um was geht es?

1. Jugendliche, Familien, Schulkinder und Erwachsene brauchen nicht nur Wohnflächen, sondern auch Bewegungsräume. Fussball fasziniert viele Kinder, und beim Mannschaftssport geht es eben nicht nur um ein einfaches Kräftenessen im Sinne eines "schneller, höher, weiter" wie im Fitnessstudio und bei Einzelsportarten. Vielmehr sind beim Mannschaftssport das Zusammenspiel und die Taktik ausschlaggebend für den Erfolg. Das

Zusammengehörigkeitsgefühl einer Mannschaft fördert die soziale Integration. Mannschaftssportarten brauchen grosse Flächen.

2. Die Spielflächen für den Juniorenfussball und weitere Breitensportarten sind bereits heute gut belegt. Unsere Schaffhauser Fussballklubs erfreuen sich grosser Beliebtheit bei den Junioren. So stehen bei der Spielvereinigung rund 30 Kinder wegen Platzproblemen auf der Warteliste, bis ein Platz bei den 220 Junioren frei wird. Der FCS betreut mit 320 Junioren ebenfalls eine sehr grosse Nachwuchsabteilung. Für den Fortbestand der Vereine und deren Juniorenabteilungen sind verfügbare Trainingsplätze lebensnotwendig. Gerade nach der Weltmeisterschaft, die im Sommer stattfand, erlebte der Kinderfussball einen Boom. Es wäre schade, wenn dieser Zustrom auf Wartelisten vertrocknen müsste. Was wäre aus der Karriere von Schalke-Trainer Roberto Di Matteo geworden, wenn er in seinen Jugendjahren keinen Platz auf einem Trainingsplatz gefunden hätte?
3. Es gibt wohl im ganzen Stadtperimeter kaum alternative Standorte für Trainingsplätze. Deshalb ist der Erhalt der bestehenden Flächen vordringlich. Oder sollen künftig die Kinder nur noch am Bildschirm Sport treiben?
4. Die Sportqualität in der Stadt erhält ein sicheres Fundament, wenn die bestehenden Trainings- und Spielfelder als Ergänzung neben möglichen Überbauungen geschützt werden. Der Standort auf der vorderen Breite ist verkehrstechnisch mit drei Buslinien gut erschlossen. Das Areal steht nicht nur für den Breitensport zur Verfügung, sondern es bleiben auch verschiedene, auf die lokalen Bedürfnisse ausgerichtete Nutzungen, wie Jugendfest und Zirkus, in Zentrumsnähe möglich. Jung und Alt aus der ganzen Stadt können von einem multifunktionalen Nutzungskonzept profitieren.
5. Fussball spielen vor allem Knaben. Dass Mädchen genauso talentiert sind und attraktiven Fussball spielen können, beweisen die Juniorinnen vom FC Neunkirch. Mittelfristig ist eine Entwicklung zu einer polysportiven Anlage angezeigt, damit eine breite Nutzung möglich wird.
6. Verdichtung hat einen direkten Bezug zu Frei- und Grünräumen. Verdichtung wird ohne diese nicht erfolgen können. Verdichtung wird aber auch erst neue Frei- und Grünräume ermöglichen. Das Anliegen, die Sport- und Fussballplätze auch für kommende Generationen zu erhalten, muss entschieden werden, solange auf den Plätze noch keine Bauvisiere stehen. Das Anliegen, die Trainingsflächen zu erhalten und für andere Sportarten aufzuwerten, entspricht einer dominierenden Stimmungslage in der Bevölkerung.

Ich empfehle, das Postulat erheblich zu erklären und danke für eine hoffentlich breite Unterstützung. Die OeBS/CVP/EVP/GLP-Fraktion ist überzeugt, dass bestehende Sportinfrastrukturen nach Möglichkeit erhalten und weiter genutzt werden sollen. Sie stimmt dem Postulat zu und wird es überweisen. “

SR Urs Hunziker

Stellungnahme Stadtrat

”Am 3. Juni 2014 reichte Grossstadtrat René Schmidt ein Postulat zum “Erhalt der Fussball- und Trainingsplätze auf der Breite” ein, nachdem der Grosse Stadtrat am 20. Mai 2014 eine vergleichbare Volksmotion mit 20:1 Stimmen abgelehnt hatte.

Eine grosse Mehrheit des Grossen Stadtrates hatte sich allerdings positiv zur Volksmotion geäussert, war jedoch den Bedenken des Stadtrates gefolgt, die Formulierung sei allzu restriktiv, schloss der Volksmotionstext doch alle Plätze auf der Breite mit ein. Nachdem klar geworden war, dass der Grosse Stadtrat den Text der Motion nicht im Sinne des stadträtlichen Vorschlages abändern konnte, empfahl eine Mehrheit der Mitglieder des Grossen Stadtrats René Schmidt, ein vergleichbares Postulat einzureichen, das in seiner Formulierung den Bedenken des Stadtrates Rechnung trägt.

Der Postulatstext nimmt diese Empfehlungen auf, weshalb der Stadtrat Ihnen die Überweisung des Postulates in der vorliegenden Form empfiehlt. Ich verzichte auf weitere Begründungen, sie finden diese im Protokoll vom 20. Mai ausreichend dokumentiert."

Thomas Hauser (FDP)

FDP/JFSH-Fraktionserklärung

"Bei der Behandlung der Volksmotion „Erhalt der Fussball – und Trainingsplätze auf der Breite“ habe ich im Namen der FDP/JFSH-Fraktion nach einer längeren Erklärung bekanntgegeben, dass wir die Volksmotion ablehnen, weil sie mit zu vielen Fragezeichen verbunden war. Ein Volkspostulat mit einem entsprechenden Prüfungsauftrag hätte ich allenfalls unterstützen können, aber das Volkspostulat kennen wir nicht.

Wie gehört, die Volksmotion wurde abgelehnt und ein Postulat von René Schmidt nachgereicht. Meine Gattin und ich haben das Postulat unterzeichnet. Dies aus zwei Gründen:

1. Eine Volksmotion mit über 3000 Unterschriften hat ein gewisses Gewicht und zeigt ein gewisses Interesse der Bewohner betreffend Quartierentwicklung. Diese nun einfach ohne „Wenn und Aber“ zu versenken, wirkt nach aussen schon ein wenig restriktiv. Manch eine Personen auf der Breite hätte sich vielleicht zu Recht vor den Kopf gestossen gefühlt; dies unter dem Motto: „Oh Blasius, mached doch, was ihr wönd“. Um diesen Umstand zu umgehen, kam der Wunsch nach einem Postulat. Und es kam und wurde unterschrieben.
2. Mit einem Prüfungsauftrag im Sinne der Volksmotionäre vergeben wir uns nichts – im Gegenteil, wir geben einerseits dem Stadtrat und dem Planungsamt in ihrer täglichen Arbeit einen gewissen Rückhalt, und andererseits wissen die ehemaligen Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksmotion, dass ihr Anliegen nicht wie ein rohes Ei völlig an den Aussenwänden der Rathauslaube abgeklatscht ist.

In diesem Sinn wird rund die Hälfte unserer Fraktion das Postulat unterstützen, während sich die andere Hälfte der Stimme wohl enthalten wird. "

Martin Jung (AL)

AL-Fraktionserklärung

"Wir haben einen fast gleichlautenden Vorstoss schon mit der Volksmotion gehabt. Damals habe ich die Volksmotion zur Ablehnung empfohlen, und die AL hat dagegen gestimmt.

Heute könnte ich mit dem gleichen Votum diesem Vorstoss zustimmen. Ich will mein Votum von damals nicht mehr vollständig verlesen, will aber doch nochmals drei Sätze

wiederholen.

Damals habe ich gesagt: Es wäre unklug, wenn wir die Umnutzung einiger Flächen auf der Breite kategorisch ausschliessen würden. Natürlich kann es nicht die Lösung sein, alle zentrumsnahen Flächen in Wohnzonen umzuwandeln und jede öffentliche Nutzung, wie Sportplätze oder Parkanlagen, aufzuheben oder an die Peripherie zu verlegen. Zum Glück redet davon auch niemand. Ich kann den Unterstützern der Volksmotion versichern, dass die AL einer ersatzlosen Aufhebung von Fussballplätzen sehr kritisch gegenüberstehen würde. Aber unsere Stadt hat eine überschaubare Grösse und gute ÖV-Verbindungen, wenn ein Fussballplatz nicht zentrumsnah ist, heisst das noch lange nicht, dass er unerreichbar ist.

Ich bin überzeugt, dass für einige der Fussballplätze auf der Breite geeignete Alternativstandorte gefunden werden können. Ich denke, dies gilt immer noch. Es ist sicher nicht schlecht, wenn der Stadtrat dem Parlament in absehbarer Zeit einen Bericht erstattet, was auf der Breite geplant ist; vielleicht nachdem die Abstimmung zum Fussballstadion vorbei ist.

Unter diesen Gesichtspunkten empfiehlt die AL dieses Postulat zur Annahme.”

Markus Leu (SVP)

SVP/EDU-Fraktionserklärung

”Es freut mich, die Fraktionserklärung zum Postulat von René Schmidt “Erhalt von Fussball- und Trainingsplätzen auf der Breite “ vortragen zu dürfen. Wir haben dieses Postulat in der SVP/EDU-Fraktion diskutiert und sind geteilter Meinung.

Die Befürworter führen an, dass die vordere Breite nicht nur für die “Breitianer”, sondern auch für die restliche Stadtbevölkerung eine besondere Bedeutung hat. Neben der Möglichkeit, den Breitensport auszuleben, gibt es viele Jugenderinnerungen, wie zum Beispiel der Zirkus, die Pfingstschilbi und andere Anlässe, die einfach auf die Breite gehören. Die Herbstmesse hat sich ebenfalls gut etabliert und ist von der Breite nicht mehr wegzudenken. Der grosse, offene und freie Grün-Raum, der nicht zuletzt auf die Fussballfelder zurückzuführen ist, muss unbedingt erhalten bleiben und darf nicht überbaut werden.

Die Gegner sind sich ebenfalls über die Bedeutung dieses einzigartigen Quartierteils bewusst sowie über die Notwendigkeit, Fussballplätze für den Breitensport bereit zu stellen. Ebenfalls sind sie dagegen, dass alle Fussballplätze überbaut werden. Jedoch muss es auch in Zukunft möglich sein - sollte früher oder später eine städtebaulich interessante Kleinüberbauung vorliegen - darüber diskutieren zu können. Aus Sicht der Gegner ist es auch zumutbar, für eine Überbauung ein oder zwei Fussballfelder an einen anderen Standort zu verlegen, jedoch nicht aufzuheben. Damit die Weiterentwicklung des Quartiers Breite möglich bleibt, dürfen wir keine unnötigen Beschränkungen beschliessen.

Wie ich eingangs schon erwähnt hatte, sind wir in der Fraktion geteilter Meinung und werden uns in der Abstimmung entsprechend verhalten.”

Urs Tanner (SP)

"Für die SP/JUSO-Fraktion: Ja!"

SP/JUSO-Fraktionserklärung

René Schmidt (GLP)

Schlusswort

"Ich bedanke mich herzlich für diese analytische Aufnahme und für die Überlegungen, die dafür und dagegen sprechen. Sie sehen, Sport und Jugend sind ein Potenzial, das wir unserer Stadt erhalten wollen. Ich danke Ihnen für Ihre Zustimmung."

Schlussabstimmung

Das Postulat wird vom Grossen Stadtrat in der Schlussabstimmung mit 22:4 Stimmen überwiesen.

Das Geschäft ist erledigt.

Die nächste Ratssitzung findet am Dienstag, 9. Dezember 2014, als Doppelsitzung mit Beginn um 16 Uhr, statt.

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um 20:26 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Die Protokollführerin:

Gabriele Behring

Veronika Michel